

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Stuttgart den 18. Oktober 1905

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jessin (Jumbel), Wilhelmsstraße, Post Beierloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Das Herrsein im Hause. — Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten. — Verhandlungstage der „radikalen“ Frauenrechtlerinnen. Von L. Heiden-Deuschmann. — Über Schulgesundheitspflege. IV. Von Dr. Jodel. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Von der Essener Reichstagswahl. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. Notizteil: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Quittung. Feuilleton: Irrlichter. Von Ada Christen. (Fortf.)

Das Herrsein im Hause.

In der Berliner Elektrizitätsindustrie tobt einer jener wirtschaftlichen Riesenkämpfe, die zum Greifen deutlich die skrupellose Brutalität zeigen, mit welcher die ausbeutende Kapitalistenklasse ihrer Profitgier und Herrschsucht die Fügel schiefen läßt. Mehr als 40000 Arbeiter und Arbeiterinnen müssen feiern; 33000, weil das Verlieben zweier gold- und machtreicher Unternehmungskügel sie als Ausgesperrte auf das Pflaster warf, die übrigen, weil es ihnen unter den gegebenen Umständen eine Ehrenpflicht dünkte, aus Solidarität mit den Gemahregelten die Arbeit einzustellen. Und wenn diese Zeilen erscheinen, so hat vielleicht schon die Solidarität des Geldsacks weitere 20000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben auf die Straße unter die Schläge der Hungerpeitsche gejagt. Der Verband der Rühnmänner, der berüchtigten arbeiterfeindlichen Organisation der Metallindustriellen, dem die Firmen der Elektroindustrie angegliedert sind, hat der Arbeiterschaft der übrigen verbündeten Unternehmen für den 14. die Aussperrung angedroht, falls bis dahin die „meuternden“ Lohnslaven sich nicht gesüht haben sollten. Hinter den 40000 aber, denen heute schon der Kampf aufgezwungen worden ist, und hinter den 20000 anderen, die möglicherweise morgen ebenfalls kämpfen müssen, stehen Hunderttausende von Frauen und Kindern. Proletariatsmassen, so zahlreich wie die Bevölkerung einer Großstadt, werden von der Willkür einiger weniger Kapitalisten allen Sorgen und Qualen der Arbeitslosigkeit überliefert. Das Leben einer ganzen hochwichtigen Industrie und der von ihr abhängigen Gewerbe wird weit über Berlin hinaus durch sie aufs tiefste erschüttert.

Warum das alles? 470 Arbeiter und Arbeiterinnen — Schraubendreher im Siemenschen Werner-Werke und Lagerarbeiter im Kabelwerke Oberspree der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft — waren „begehrt“ genug, in Gestalt einer sehr bescheidenen Lohnerhöhung auch ihrerseits einen winzigen Anteil an dem überquellenden Gewinn der Aktiengesellschaften zu fordern. Sie meinten, ein paar Pfennige Aufbesserung könnten Unternehmen zahlen, welche wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in den letzten Jahren den Aktionären ohne jede Arbeit ihrerseits durchschnittlich 12 Prozent Dividende ausschüttete und ihrer Direktion 1903/04 eine Lantime von 900000 Mk. zuwies. Als ob das Können und nicht das Wollen über ihre Forderung zu entscheiden gehabt hätte! Die Herren aber wollten sie nicht bewilligen, das haben sie selbst feigenblätlos erklärt. „Die Frage der Lohnerhöhung spielt nur in ihren Konsequenzen eine Rolle;“ so heißt es in einer ihrer Darstellungen des Kampfes, mit anderen Worten: die Nichtbewilligung des billigen Verlangens, die Beantwortung des Streiks der abgewiesenen Hunderte mit der Aussperrung von unbeteiligten Tausenden sollte den Lohnslaven das kapitalistische Herrsein im Hause mit aller Schroffheit zum Bewußtsein bringen, sollte ihnen eine Machtprobe aufzwingen, deren oberster Zweck die Verschmetterung der Arbeiterorganisation ist. Wer anders denn als diese „beherrschende“ Abeltäterin hat die Arbeiterschaft der Elektroindustrie gegen die gott-, natur- und polizeigewollte Ordnung der kapitalistischen Plasmacherei auffällig gemacht, so daß eine ihrer Kategorien nach der anderen die Verbannungsfrist von Leitung und Aktionären durch Forderungen „beunruhigt“ und Zugeständnisse erzwingen hatte?

Mit der Organisation wollten die Herren abrechnen, sie sollte gebrochen werden, indem sie Macht gegen

Macht stellten, die Macht der Ausbeuter und Unterdrückten gegen die Macht der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Klug vorbedacht wählten sie den Zeitpunkt dazu: die Herbsttage, wo der Winter zu drohen beginnt, mit seinen gesteigerten Bedürfnissen und seinen verschärften Leiden für die, denen es an Geld und damit an Brot, vielleicht gar an Obdach mangelt. Wenn zu der Härte des sozialen Lebens und seiner Kämpfe die Unbill der Witterung sich gesellt, weim mit dem Arbeiter Weib und Kind im kalten, zugigen Zimmer die bohrende Pein des Hungers empfinden: dann wird mancher Rebell gegen das Kapital kleinmütig und kriecht zähneknirschend unter das alte Joch zurück.

Und nicht die Jahreszeit allein ist den „Funkenprogen“ günstig, ihnen springen alle sozialen und politischen Mächte bei, über welche das Kapital heutzutage kommandiert. Konnten sie sich nicht offen rühmen, es seien „mit Unterstützung der Staatsbehörden Vortreibungen getroffen, um Unterbrechungen der Stromerzeugung hintanzuhalten“? Die städtischen Behörden stehen ihrerseits an Unterstützungseifer nicht hinter dem „größeren Bruder“ zurück. Wozu auch hätten die Rathenau und Genossen mit ihrem fürstlichen Einkommen verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen, die von den Postkreisen und Ministerien bis in den Kommunalratskreis reichen! Polizei, Feuerwehr und Militär muß Streikbrecher und Schützer von Streikbrechern „im Stehtragen“ stellen, welche die Unkenntnis oder der bourgeoise Klassenhaß vornehmlich aus den Reihen der Kaufleute, Techniker und Ingenieure herführt. Das bürgerliche Zeitungsgeschwister, „sozialliberaler“ wie konservativer Couleur, bezeugt mit hoch erhobenem Schwurfinger, daß lediglich der freche Übermut der Arbeiter der Laubensaufmut der Rühnmänner den Kampf ausgedrungen habe, es tobt mit allen Registern gegen die Störenfriede des nationalen Wirtschaftslebens. Die bürgerlichen Sozialreformer aber, die erst kürzlich wieder in Mannheim dem Proletariat von ihrem uneigennütigen Wohlwollen kispelten, haben die Brille ihrer „Objektivität“ noch immer nicht genug gepuht, um zu erkennen, ob Gewalttat von oben oder von unten vorliegt. Derweil die Arbeiter kämpfen müssen, sie mögen wollen oder nicht, ergötzen sich diese „Arbeiterfreunde“ an dem Kinderspiel, in den Rebellen juristischen Formeltrams nach den wirklich Schuldigen zu fahnden und den ringenden Teufeln im Namen der Moral ein gütliches Vertragen zu predigen.

Der Krieg in der Berliner Elektroindustrie ist wie die Riesenkämpfe in Crimmitschau und im Ruhrgebiet ein Zeugnis von der Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Proletariats und Kapitalisten, einer Verschärfung, die aus dem zunehmenden Widerstreit zwischen Produktionskräften und Produktionsformen hervorsticht, welcher seinerseits durch den Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ausgelöst wird. Die immer zahlreicheren „Machtpöben“, welche das Unternehmertum bei jedem geringfügigen Anlaß frivol heraufbeschwört, sind die unvermeidliche, prompte Quittung der Kapitalisten über den zunehmenden gewerkschaftlichen Zusammenschluß des Proletariats und die steigende Bedeutung seiner Organisationen. Dem glänzenden Aufschwung der Gewerkschaften ist rasch — besonders seit dem Ende der neunziger Jahre — die Entwicklung der Arbeitertrugorganisationen, der Unternehmerverbände, gefolgt. Ihr Hauptzweck ist, über einzelne Forderungen von Proletariatsgruppen hinaus die Arbeiterorganisationen selbst in die Knie zu zwingen, die schützende Feste der Fronenden zu zertrümmern. Daher die systematisch gesuchte Unternehmerpraxis, unter Umständen auf die bescheidenste Lohnbewegung auch einer kleinen Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen den Trumpf einer Aussperrung in einer Industrie, in einem ganzen Industriegebiet zu setzen, die grimme Furie der Not gegen Zehntausende und Hunderttausende zu entfesseln, die Macht der einzelnen Unternehmerorganisation durch die Wucht vereinigtter Kapitalistenverbände zu stärken. Es mehren sich die Riesenkämpfe, in denen die Unternehmer alle wirtschaftliche, politische und soziale Macht ihrer Klasse gegen die „Glenden“ anbieten und wider sie insbesondere alle

staatlichen Gewalten vom Büttel bis zum Minister mobilisieren; in denen aber auch das Proletariat alle materiellen und moralischen Quellen seiner Macht und Kampfesfähigkeit erschließt.

Aufgehts dieser Kämpfe gilt für jeden Proletariats, für jede Proletariatsin: was du den Kämpfenden tust, das tust du dir selber; was du nicht mit Einsatz deiner ganzen Kraft von ihnen abzuwehren suchst, das trifft auch dich. So muß auch der Kampf in der Berliner Elektroindustrie vom deutschen Proletariat empfunden und ausgefochten werden als eine gemeinsame Sache, in der Mann für Mann und Weib für Weib mit Sympathie und Tat neben die Scharen tritt, die mit ihrem Darben und Hungern das Recht der Organisation verteidigen.

Welches auch für den Augenblick der Ausgang des gewaltigen Ringens sein mag, der Kapitalismus geht als der danernd Geschädigte aus ihm hervor. Denn unabhängig davon, ob es gelingt, dem Standpunkt des Herrseins im Hause die verdiente Niederlage zu bereiten, erhält dieser doch einen unheilbaren Stoß. Seine Gemeingefährlichkeit und die der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, in denen er wurzelt, muß dem Bewußtsein weitester Bevölkerungskreise durch die grausame Gewissenlosigkeit eingebrannt werden, mit der eine winzige Ausbeuterelique die Interessen Hunderttausender mit Füßen tritt und das Wirtschaftsleben der Nation den schwersten Schädigungen preisgibt. So wird der Kampf in Berlin auf alle Fälle zu jenen Bewegungen zählen, von denen das „Kommunistische Manifest“ sagt, daß ihr eigentliches Ergebnis nicht ihr positiver Erfolg ist, sondern die immer größere Vereinigung der Arbeiter. Dem Aufsturm dieser Vereinigung aber können auf die Dauer auch die machtpöbigen Herren im Hause des Betriebs, der Gemeinde und des Staates nicht widerstehen. Am Ende der geschichtlichen Perspektive deutet so der gewaltige Kampf auf die Stunde, in welcher die Proletariats als Herren im Hause der Gesellschaft mit der Expropriation der Expropriateure die Menschheit von jeglicher Ausbeutung und Knechtschaft erlösen.

Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten!

„Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten“, mit diesem frechen Hohnwort hat Herr Direktor Peierls die Lagerarbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft abgewiesen, die um ganze drei Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde verhandelten. „Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten“, das Wort sollte unvergessen allen Proletariats und Proletariatsinnen in der Seele hallen. Freilich in einem ganz anderen Sinne, als es der Zynismus eines Progen gebraucht hat, in einem Sinne, daß diesem und seinesgleichen vor Hut die Augen übergehen müßten.

„Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten“, das muß den Arbeitern sagen: laßt eure Frauen nicht bloß die Gefährtinnen bei der Arbeit für des Lebens Notdurft sein, macht sie zu euren Genossinnen im Kampfe eurer Klasse für Brot, Recht und Freiheit! Sorgt dafür, daß sie euch bei jedem Ringen gegen das auspowernde, verflawende Kapital treulich zur Seite stehen, eure Gefahren und Opfer teilen, euren Mut befeuern, eure Kampfesfähigkeit erhöhen, die Zahl und die Macht des proletarischen Kampfesheeres mehren. „Laßt eure Frauen mitarbeiten“, das Truhwort müßte allen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sagen: sehet vor euch eure Feinde! Sie begehren eure Arbeit, nicht um eure Freiheit und euer Glück zu sichern, nein, um den eigenen Reichtum zu vergrößern. Eure Ausbeutung soll der Knebel sein, welcher eurem Mann, Vater oder Bruder den fordernden Mund schließt. Auf, arbeitet nicht bloß für eure Peiniger und Verächter, kämpft gegen sie!

„Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten“, diese schamlose Verhöhnung der ausgebeuteten und getretenen Armut müßte vor allem auch gegenwärtig alle Arbeiterinnen, alle Arbeiterfrauen in tatkräftiger Solidarität an die Seite der kämpfenden Arbeiterschaft in der Elektroindustrie rufen. An anderer Stelle des Blattes ist verzeichnet, daß die in Betracht kommenden Arbeiterinnen ihre Kampfespflicht tapfer erfüllen. Neben den Ausgesperrten stehen die Arbeiterinnen der Glühlampenwerke und des Versandgeschäftes als Streikende im Kampfe. Und in den 25 Massenversammlungen, die jüngst in Berlin stattgefunden haben, bezugte die große Zahl der Besucherinnen, daß auch die Frauen der Kämpfenden klar bewußt sind, was in diesem schweren Augenblick das Leben von ihnen fordert. Sie wissen, daß die Männer nicht bloß für

die Erleichterung des eigenen Loses suchen, daß sie vielmehr auch im Kampf für Weib und Kinder, auf denen der harte Druck des Kapitalismus zermalmend lastet. Nicht durch Schelten oder Zammern werden sie daher den Kampfesmut der Männer schwächen. Umgekehrt, sie bemühen sich, ihre Widerstandskraft zu steigern durch die Einsicht, Begeisterung und Opferfreudigkeit, mit der sie selbst die Sorgen und Leiden des wirtschaftlichen Kriegs tragen. Sie zergrübeln das Hirn und regen unermüdet die Hände, um die Stunde möglichst fernzuhalten, in welcher der nackte Mangel seinen Einzug in die Familie hält. Mag heimlich manche Träne ob verschärfter Qual rinnen, freundliche Mienen, liebevolle, verständige Worte und kluges Walten machen das Heim zu einer Stätte der Erquickung und Stärkung für den Mann, und indem die Frauen sich tapfer mit den Gespenstern der Not und des Hungers schlagen, halten sie den Rücken der Kämpferscharen von tödlichen Feinden frei, welche diese unter die alte Fuchtel zwingen sollen. So stehen auch sie als bewusste Kämpferinnen gegen die herrschsüchtige Kapitalgewalt auf dem Plan. Mit ihnen zusammen aber alle aufgestellten Proletarierinnen, die es als Ehrenpflicht empfinden, in diesem heißen Ringen für das Recht der Arbeit zu kämpfen und zu opfern. Sie gedenken, wie oft schon die kapitalistische Profitgier sie zum bittersten Darben gezwungen hat. Freudig entbehren sie nun freiwillig, um die Kriegskasse derer zu füllen, welche das Recht der lebendigen Menschen gegen die Macht des toten Geldes verteidigen. In opferwilliger Solidarität werden sie das ihrige zum Siege der Arbeiter beitragen. Die Proletarierinnen beherzigen, was Kapitalistenspot in die Welt rief. Sie sagen den Männern ihrer Klasse: wir wollen mitarbeiten, wir wollen kämpfen. Mit den Gewerkschaften, mit der Sozialdemokratie. Wo immer das Proletariat sich zum Gefecht gegen seinen Todfeind stellt, da wollen wir dabei sein!

Verbandstage der „radikalen“ Frauenrechtlerinnen.

Vom 2. bis 5. Oktober sind in Berlin die Generalversammlungen des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine und des Verbandes für Frauenstimmrecht abgehalten worden. Es ist mir nicht möglich, in dem beschränkten Rahmen der „Gleichheit“ einen ausführlichen Bericht über diese Kongresse zu liefern, doch will ich mich bemühen, ihre Verhandlungen in ihren wesentlichsten Zügen wiederzugeben, so daß die Genossinnen ein selbständiges, anschauliches Bild von ihnen gewinnen können. Die prinzipielle Auseinandersetzung mit den wichtigsten der vertretenen Gesichtspunkte wird von anderer Seite in der nächsten Nummer dieser Zeitschrift erfolgen. Bei Beurteilung der Verhandlungen der beiden Verbandstage dürfen unsere Referenzen nicht vergessen, daß die tagenden Frauen nur den kleinsten Teil, den sogenannten linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung repräsentieren, dessen Anhängerinnen der Meinung sind, auf den allerradikalsten Wegen zu wandeln.

Mit wenigen Ausnahmen standen die Verhandlungen im Zeichen der Juristerei. Dr. Anita Augspurg hatte vor einigen Monaten durch die Presse einen „offenen Brief“ gehen lassen, in dem sie hundert Paare aufforderte, unter Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften eine freie Gewissensheute einzugehen, um durch dieses „praktische Vorgehen“ eine Änderung der Ehegesetze zu erzwingen. Wir wollen uns bei der naiven, beinahe weltfremden Anschauung dieses Vorschlags nicht kritisch aufhalten. Sie erregte bei den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und darüber hinaus in manchen Kreisen der bürgerlichen Welt überhaupt einen solchen Sturm widersprechender Meinungen, daß die Reform der Ehe als erster Punkt auf die Tagesordnung der Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine gesetzt wurde. Die Damen haben im Laufe der Jahre dank der sozialdemokratischen Kritik so viel von den Zusammenhängen zwischen wirtschaftlichen Verhältnissen und sozialen Einrichtungen gehört, daß sie sich ein Referat halten ließen über: „Die wirtschaftliche Grundlage der heutigen Ehe“. Es wurde von Fräulein Wischniewska-Spandau erstattet, die als Lehrerin in ihrem Wirkungskreis außerordentlich geschätzt und beliebt ist. Ich erwähne diese Berufseigenschaft der Dame und bitte die Genossinnen, sie sich zu merken, denn ich habe von Fräulein Wischniewska noch manchmal zu berichten. Die Frage: „Ist die jetzige Form der Ehe so geartet, daß sie der neuen Frau einen geeigneten Boden zur Betätigung und Entwicklung bieten kann?“ beantwortete die Referentin mit glattem Nein. Als Hauptforderung für eine Reform der wirtschaftlichen Grundlage der Ehe betonte sie, daß die jetzige Hausfrau, die „Nur-Konsumentin“ sei, wieder als produzierendes Mitglied in die gesamte volkswirtschaftliche Produktion eintreten müsse. Erst wenn die Frau gelernt habe, einen Beruf auszuüben, statt des unterhaltenen Familienglieds eine Miternährerin der Familie zu sein, könne eine Änderung der herrschenden Chemiefere erhofft werden. Um dieses Ziel zu erreichen, seien allerdings tiefgreifende Maßnahmen nötig. Wirtschaftsgenossenschaften, Säuglingsheime, Kinderhorte, öffentliche Kindererziehung, Mutterschaftsversicherung müßten die Frau von ihren hauswirtschaftlichen und erzieherischen Pflichten entbinden und ihr die Berufstätigkeit ermöglichen. Die berufstätige Frau werde trotzdem eine bessere Mutter sein können als die heutige Hausfrau. In einem Korreferat vertrat Dr. Käthe Schirrmacher den entgegengesetzten Standpunkt. Die Hausfrau habe schon einen Beruf, man müsse ihn nur volkswirtschaftlich werten. Wirtschaftsgenossenschaften müssen scheitern an dem wachsenden Individualismus der Menschheit. Sogar die Sozialdemokratie habe diese Utopie aufgegeben, wie Edmund Fishers Aufsatz in den „Sozialistischen Monats-

heften“ zeige. Gewiß, eine Reform der Ehe sei nötig, aber ihrer Ansicht nach müsse zu diesem Behuf die Frau geändert und erzogen werden, diese müsse die Anerkennung ihrer häuslichen Unabhängigkeit durchsetzen. Die beiden Referate riefen eine lange, lebhaft diskutierte hervor, in der sich die meisten Redner und Rednerinnen auf Fräulein Wischniewska Seite stellten. Der ganze Meinungsaustausch blieb jedoch so oberflächlich, blieb so ganz an dem persönlichen Empfinden der einzelnen haften, daß von einer klaren geschichtlichen Auffassung des Eheproblems und seiner wirtschaftlichen Grundlagen keine Rede sein konnte. Dr. Helene Stöcker sprach über: „Die psychologische Notwendigkeit der Chereform“. Fräulein Stöcker möchte eine ethisch verteilte Auffassung vom geschlechtlichen Leben der Menschen, eine „sexuelle Ethik“ predigen. Sie hat es jedoch bisher nicht verstanden, ihre Ziele klar zum Ausdruck zu bringen. Ihr Vortrag brachte viel Feines und Gutes über das Verhältnis der beiden Geschlechter in der Ehe, aber durchaus nichts Neues und keinerlei scharfe Auseinandersetzung mit anderen Richtungen, so daß niemand etwas dagegen einzuwenden hatte. Ein Redner bezeichnete indessen die Propagierung solch rein ethischer Bestrebungen als grundsätzlichen Fehler für eine politische Bewegung, die wie die Frauenbewegung Massen brauche, um ein Machtfaktor zu werden. Er erhielt von Fräulein Augspurg die Antwort: Ihr komme es nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität an. Als letzter Referent sprach dann ein Herr Dr. jur. Reustadt über: „Rechtspolitik und Ethik“. An Stelle des Strafgesetzes wüßte er ein „Schutzgesetz“ und erörterte eine Reihe ehrethischer Bestimmungen, die für die Frau ungünstig sind. Besonders die Auflösung der Ehe müßte nach der Meinung des Referenten gänzlich Privatakt werden, der den Staat nichts angehe, an dem er gar kein Interesse habe.

Der zweite Tag galt Erörterungen über: „Die Reform des Strafrechts“. Zunächst sprach Fräulein Augspurg über: „Reformen im Strafprozess“. Sie forderte weibliche Anwälte bei allen Delikten, für die sexuelle Motive ausschlaggebend sind; Jugendgerichtshöfe, die sich besonders dank der Mitwirkung der Frauen in Amerika schon als segensreiche Institutionen erwiesen haben; Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene; nichtöffentliche Vernehmung der Kinder in allen Fällen, die mit sexuellen Dingen zusammenhängen; überhaupt gänzliche Überweisung der Requisition und Inquisition bei Kindern an Frauen. Diese Forderungen wurden in der nachfolgenden Diskussion gleichfalls erhoben, von einzelnen Rednern ergänzt und vermehrt und namentlich seitens der vielen anwesenden Lehrerinnen durch Mitteilung von viel Material unterstützt. Zum gleichen Punkte der Tagesordnung referierte Fräulein Dr. Frieda Duenfing über: „Reform des Strafrechts vom Standpunkt der Jugendfürsorge“. Diese Dame lieferte den vollgültigen Beweis, daß eine Frau ein ebenso guter Jurist sein könne wie der Mann, das heißt daß sie ebenso gut in zünftiger Juristerei erstarren könne wie dieser. Sie hielt die Forderung der Jugendgerichtshöfe, das heißt der Verweisung jugendlicher Übeltäter vor das Forum des Pädagogen und Psychologen statt des Richters, für überflüssig und schloß sich betreffs der Reform der Jugendrechtspflege den Forderungen des 27. Deutschen Juristentags an. Die jugendlichen Übeltäter teilte sie in drei Gruppen: 1. Die dummen Jungen, die man laufen lassen müsse, weil sie nur „dumme Streiche“ verüben wollten; 2. die erziehbaren Elemente, die wohl die Bahn des Verbrechens beschritten haben, indessen mehr verführt als bewußt, und 3. die unerziehbaren Elemente, die geistig minderwertigen und moralischen Krüppel, die man nicht bestrafen dürfe, sondern aus der Gesellschaft entfernen müsse. Strafen und erziehen könne man nur die zweite Gruppe, doch müsse dies ganz individuell geschehen. Haft und Gefängnis seien neben der Erziehung die Strafmittel par excellence für die Jugendlichen, doch müßten diese Strafmittel sehr eindringlich gestaltet werden, um abschreckend zu wirken; deshalb sei eine Verschärfung in der Form von Einzelhaft, Dunkelarrest und Nahrungsentziehung wohl am Platze. — Ich glaube, diese Worte sprechen so berechtigt von einer beschränkten bürgerlichen Auffassung, daß ich nichts hinzuzufügen brauche. Wohl wurde der Standpunkt der Referentin teilweise heftig belächelt, aber auch teilweise wieder in kühler Berechnung verteidigt. Besonders unsere rheinländischen Genossinnen mögen sich merken, daß der Hirsch-Dunckerianer Erkelenz-Düsseldorf, der gern den Hans Dampf in allen Gassen spielt, wörtlich meinte: Diese Jugendlichen seien sowohl Hunger wie Prügel so gewohnt, daß solche Strafvorschärfungsmittel auch nichts schaden könnten. — Die Abendversammlung dieses Tages, in der Dr. Hanns Dorn-München über: „Reform des Strafrechts vom Standpunkt der geschlechtlichen Sittlichkeit“ sprach, interessierte uns hier weniger, da sie ebenfalls nichts Positives brachte. Wichtiger ist eine öffentliche Versammlung, die am Abend vorher die Zentrale für Arbeiterinnenorganisation veranstaltet hatte, und mit der wir uns etwas beschäftigen werden.

Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine hat, wie den Leserinnen der „Gleichheit“ bekannt ist, eine Kommission „Zentrale für Arbeiterinnenorganisation“ eingerichtet. Das Bestreben der Damen geht dahin, unter ihrer Führung die Arbeiterinnen allein zu organisieren; die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften fungieren dabei als Paten. Zweck der erwähnten Versammlung war nun, weitere Kreise für die Auffassung zu gewinnen, daß es unbedingt nötig sei, die Arbeiterinnen getrennt von den Arbeitern zu organisieren. Fräulein Wischniewska hielt das Referat. Sie stellte die lähne Behauptung auf, daß in den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften die Arbeiterinnen nicht die ihnen gebührende Inter-

essenvertretung fänden, wegen ihrer Minderzahl nicht bräutet und überhaupt als Persönlichkeiten, als Frauen niemals gefördert würden. Es sei ihnen daher von vornherein unmöglich, sich zu selbsttätigen oder gar führenden Persönlichkeiten heranzubilden. Die Ausführungen gipfelten in dem Schlusse, daß die Arbeiterinnen sich unbedingt für sich allein vereinigen müßten, um nur als geschlossene Korporation den Männerorganisationen beizutreten. Nur wenn dies geschehe, würden sie zu ihrem Rechte kommen. Wenn die organisierten Arbeiterinnen aller Richtungen etwa alle zwei Jahre zu einem Kongress zusammenkommen würden, so könnten sie auch ihre Wünsche und Forderungen formulieren und dem Reichstag usw. übermitteln. In der Diskussion trat eine Gewerkschaftlerin, Genossin Heidemann, mit aller Schärfe und Entschiedenheit für die freien Gewerkschaften ein. Alle Diskussionsrednerinnen stimmten begeistert der Referentin zu, während einige vernünftig denkende bürgerliche Männer, Herr Dr. Bauer und Herr Schneider, deren Standpunkt bekämpften und ausführten, daß einzig die freien Gewerkschaften die Organisationen seien, von denen die Arbeiterinnen eine erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen erwarten könnten. Unvorteilhaft fielen unter den Rednern als Ausnahmen auf Herr Erkelenz, der natürlich — eine Hand wäscht die andere — der frauenrechtlerischen Auffassung Vorspann leisten mußte, und — Herr Tschendörfer, der frühere Gewerkschaftler, der sich als „liberaler“ Mann geradezu unanständig betrug. Verzeichnet muß werden, daß Fräulein Lüders sich nicht entblödete, die Notwendigkeit selbständiger Arbeiterinnenorganisationen mit der Behauptung zu unterstützen, der Gewerkschaftskongress zu Köln habe bewiesen, daß die Arbeiterinnen innerhalb der Gewerkschaften nicht genügend berücksichtigt und gefördert würden. Die 48 000 organisierten Arbeiterinnen seien nur durch drei Frauen vertreten gewesen, die noch dazu eine jammervolle Rolle gespielt hätten. Mehr Unehrlichkeit und Anmaßung, als wie diese Äußerung enthält, ist kaum möglich. Fräulein Christmann-Köln erzählte ihrerseits, sozialdemokratische organisierte Frauen seien zu ihr gekommen und hätten sie gebeten, ihnen doch zu lehren, wie man ein Referat halte. Die Erzählung trug offensichtlich den Stempel der — gelinde gesagt — schiefen Darstellung an der Stirn. Am dritten Tage des Kongresses, in der Delegiertenversammlung, spannen die Damen den Faden weiter. Fräulein Augspurg verließ sich mit der ihr eigenen Phantasie zu der Erklärung, die proletarischen Frauenbildungsvereine brauchten die Frauenrechtlerinnen, die über das Wissen verfügten, während die Genossinnen nur organisatorisches Talent hätten, ein Selbstlob, das zu dem feichten Charakter der Verhandlungen wie die Faust aufs Auge paßte. Die Damen bezeichneten es als ihre Aufgabe, als Referentinnen möglichst viel in die Bildungsvereine und sonstigen Organisationen der Proletarierinnen einzubringen, um überall den Gedanken der selbständigen Organisationspflicht der Frauen, mit anderen Worten eine Nur-Frauenbewegung unter bürgerlicher Führung und von bürgerlichem Geiste getragen, zu propagieren. Die Schlussfolgerungen aus diesem Gemisch von Unkenntnis und Überhebung ergeben sich von selbst. Jede Arbeiterorganisation, jeder Bildungsverein, möge er noch so klein sein, kann getrost der verätherischen Mitarbeit dieser bürgerlichen Damen entbehren. Daß unsere Arbeiterinnen nicht in die Gewerkschaften genannter Organisationen der Harmonieduster geben, ist selbstverständlich, dafür sorgt schon die industrielle Ausbeutung. Eine vereinzelte und „vorübergehende“ Erscheinung wird sicherlich die Heimarbeitlerin bleiben, die ohne jeden Schimmer einer Erkenntnis ihrer Lage als Ausgebeutete, als Proletarierin mit der Gesinnung einer demütigen Skavin, die sich durch ein Streicheln ihrer Herrin geschmeichelt fühlt, ein Loblied auf die Bourgeoisdamen singt. Ihr genügt es, daß die Damen mit dem „Herz auf dem rechten Fleck“ sich nicht scheuen, auch einer Arbeiterin die Hand zu reichen! Was diese Rednerin sonst vorbrachte, war eine unfreiwillige Bantrötterklärung für die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die Arbeiterinnen so zu schulen, daß sie ihre Interessen zu erkennen und zu vertreten imstande sind. Denn nur Arme im Geiste können Leeabende und fromme Lieder nebst etlichen winzigen „Wohl-taten“ als Schutlung und Interessenwahrung einschätzen.

Der letzte Tag der Beratungen gehörte dem „Verband für Frauenstimmrecht“, der unter anderer Firma die gleichen Damen umschließt. Die Wichtigkeit der Beteiligung der Frauen an den Landtags- und Kommunalwahlen war das erste, von Fräulein Heymann behandelte Thema. Diese radikale Frauenrechtlerin forderte die Frauen auf, bei jeder Wahl sich der — liberalen Partei zu allen nötigen Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Sie könnten einzig und allein für diese Partei arbeiten, die Klassenpolitik der Sozialdemokratie mit ihrer Verheerung vermöchten sie niemals mitzumachen. Außerdem stünde auch bei der Sozialdemokratie die Gleichberechtigung der Geschlechter nur auf dem Papier, werde in der Praxis niemals beachtet, ja sogar gänzlich verleugnet, wie zum Beispiel in Belgien. Von den Liberalen aber würden die Frauen mit offenen Armen aufgenommen. Und mit Stolz erzählte Fräulein Heymann, wie sie bei der bayrischen Landtagswahl den Liberalen helfen durfte, sogar Flugblätter ließ man sie selbständig verfassen! Die Schmach, die darin liegt, daß sich radikal nennende Frauen, die für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts kämpfen, der volkswirtschaftlichen Partei des Wahlrechtsraubs Helferdienste leisteten, schienen die Damen gar nicht empfinden zu haben. In der Diskussion erhob sich einiger Widerspruch gegen das angepriesene unbedingte Bündnis mit dem Liberalismus schlechthin. Manche, wie Herr v. Gerlach und Frau Bauer, opponierten aus „prinzipiellen“ Gründen, andere aus sanfteren „taktischen Erwägungen“, wie Fräulein Lüders-

Indessen in der öffentlichen Abendversammlung, deren Tagesordnung lautete: „Männerpolitik und Frauenpolitik“, wurde tapfer in die Kerbe der Heymannschen Auffassung gehauen, unbekümmert darum, daß damit die Bestrebungen der radikalen Frauenrechtlerei geradezu geohrfeigt und zum Gespött gemacht wurden. Aus der Diskussion an diesem Tage habe ich als besonders bemerkenswert hervor eine wackelnde begeisterte Kolonial- und Flottenrede der Lehrerin Wischnowska, die es als schöne Aufgabe betrachtete, in die Herzen der Arbeiterkinder dieselbe Flottenbegeisterung einzupflanzen, die den Kindern besserer Schulen nach ihrer Aussage schon mit glücklichem Erfolg eingepflanzt worden ist. Das radikal-reaktionäre Fräulein Dr. Schirmacher brach eine Lanze für — die Polenpolitik der Regierung, und eine andere Dame begeisterte sich für den — Zollwucher. Als der bekannte „Wurm, der nicht sterben und nicht leben kann“, erschien in den Debatten auch die Hoffnung auf das Zustandekommen der einen großen liberalen Partei, in der die Sozialdemokratie fromm bescheiden unter bürgerlicher Führung marschieren würde. Von der politischen Mitwirkung der bürgerlichen Frauen wird das Wunder einer Erneuerung und Hebung des Liberalismus erwartet.

Allen Äußerungen über Politik merkte man an, daß sich die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen immer mehr in eine Sackgasse festrennen. Ihre Forderungen sind bürgerlich-radikal, aber sie haben keine bürgerliche Partei, die sie im parlamentarischen Kampfe vertritt. Die Notwendigkeit einer politischen Vertretung haben die Damen eingesehen. Ihr bourgeois Klasseninteresse verbietet ihnen aber, sich der Partei anzuschließen, die einzig und allein geschlossen für Frauenrechte kämpft, der Sozialdemokratie. So ergeben sie sich um der wenigen Gerechten willen, die wie Barth, Raumann, Gerlach, im Lager des Liberalismus für Frauenrechte eintreten, auf Gnade und Ungnade der verrufensten und zerrüttesten Partei, deren sich Deutschland zu schämen hat. Sie wollen mit ihr durch Dick und Dünn, auch wenn die selbstverständlichen Reformforderungen einstweilen beiseite gelegt werden müssen. Das Klasseninteresse als Bestehende geht den Frauenrechten vor, wie bourgeois Damenrecht hoch über Volksrecht gestellt wird. „Wo es sich nur um absolute Männerrechte handelt, bei denen Frauenrechte gar nicht in Frage stehen“, erklärte Fräulein Augspurg in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende, „ist die Sache nicht prinzipiell genug, besondere Anstrengungen und Mittel aufzuwenden.“ Es gibt merkwürdige fährende Persönlichkeiten in der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung! Die so wegworfend behandelte „Männerfrage“ war der Wahlschraub in Hamburg. Das mag man sich unfererorts in Hamburg merken. Meines Dafürhaltens haben die Verhandlungen des Verbandes für Frauenstimmrecht wie die der größeren Organisation der fortschrittlichen Frauenvereine wieder einmal vollauf bestätigt, daß die proletarischen Frauen Märrinnen sein müßten, wollten sie ihre Interessenvertretung von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erhoffen. Lea Heiden-Deutschmann.

Über Schulgesundheitspflege.

Von Dr. Zadel.

IV.

Schon das bisher Gesagte beweist die Notwendigkeit einer ärztlichen Überwachung der Schulkinder. In der Tat finden wir denn auch heute schon in einer ganzen Anzahl von Gemeinden Schulärzte angestellt. Freilich hat es meist, wie in Berlin, erst eines hartnäckigen Kampfes seitens der sozialdemokratischen Stadtverordneten bedurft, um den Widerstand der Mehrheit zu brechen, die noch in den neunziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts, in der Einführung schulärztlicher Überwachung eine Störung des Unterrichtes, einen Eingriff in das Recht der Eltern, eine Mißtrauens-erklärung gegen die Schuldeputation“ und dergleichen mehr erbläute, die vor allem die Kosten der neuen Einrichtung scheute und Konflikte zwischen Lehrer und Schularzt voraussetzte. Seit einigen Jahren haben wir endlich auch in Berlin Schulärzte in größerer Zahl, wenn auch noch bei weitem nicht zureichender Zahl, und trotzdem verlaßt nichts von solchen Konflikten. Dieselben dürften bei einigermaßen gutem Willen von beiden Seiten auch fernerhin ausbleiben, wenn beide Teile verständigerweise nicht darauf ausgehen, die Gegensätze zu betonen und sich das Arbeitsgebiet streitig zu machen, sondern sich immer bewußt bleiben, daß sie beide ein und dasselbe Ziel verfolgen, die leibliche und geistige Gesundheit der ihnen anvertrauten Jugend zu fördern, und um dies Ziel zu erreichen, Hand in Hand miteinander arbeiten müssen. Es ist von vornherein klar, daß der Schularzt auf die Mitarbeit des Lehrers unbedingt angewiesen ist, daß dieser, der das Kind täglich und stündlich vor sich hat, Abweichungen im Wohlbefinden desselben viel früher bemerken kann als der Arzt, der es immer nur in größeren Zwischenräumen zu sehen bekommt, daß es deshalb stets Aufgabe des Lehrers bleiben wird, den Arzt auf solche Abweichungen im Befinden aufmerksam zu machen und ihn deswegen zu befragen. Und gerade hierin, als Berater des Lehrers in gesundheitlichen Fragen, als Förderer der hygienischen Ausbildung des Pädagogen — die indirekt auch dem Schulkind zugute kommt —, sehe ich eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben des Schularztes. Es ist klar, daß dies Miteinanderarbeiten ganz dazu angetan ist, die beiden immer mehr einander zu nähern.

Die Überwachung des Gesundheitszustandes des Schulkindes vom Eintritt in die Schule bis zum Verlassen derselben ist die eine große Aufgabe des Schularztes; sie beginnt mit der Musterung der jungen Schulrekruten und endet mit der Beratung des die Schule verlassenden, in

den Entwicklungsjahren stehenden jungen Menschen bei der außerordentlich wichtigen Frage der Berufswahl.

Die Musterung des nach vollendetem sechsten Jahre zur Einschulung gelangenden Kindes hat sich auf die körperliche und geistige Reife für den Schulbesuch zu erstrecken; sie setzt deshalb eine eingehende ärztliche Untersuchung der wichtigsten Körperorgane sowohl wie der Sinnesorgane und der geistigen Fähigkeiten voraus. Bei der Schwierigkeit dieser letzteren Untersuchung hat man es in Berlin vorgezogen, dieselbe erst vorzunehmen, nachdem das Kind eingeschult und eine Reihe von Wochen vom Lehrer beobachtet worden ist, eine Verschiebung, welche dem Arzte zwar diese Untersuchung wesentlich erleichtert, aber im Interesse der eventuell nachträglich noch zurückzuweisenden Kinder entschieden zu bedauern ist.

Zeigt sich ein Kind bei der Musterung als körperlich zu schwach für die Anforderungen des Unterrichts, so ist es entweder ganz zurückzuweisen oder zurückzustellen, um nach Ablauf eines halben oder ganzen Jahres sich wieder vorzustellen. Geistig zurückgebliebene oder — sittlich — krankhaft veranlagte Kinder sind vom Unterricht in der Volksschule zurückzuweisen, event. Idiotenanstalten oder der Fürsorgeerziehung zu übergeben, Schwachbegabte in Sonderschulen einzureihen, Kinder mit Seh- oder Gehörstörungen auf bevorzugte Plätze zu setzen, Kinder mit Sprachschlern (Stammer, Stotterer) am besten ebenfalls sofort in besonderem Unterricht respektive in besonderen Schulen von dieser fehlerhaften Angewohnheit zu befreien. Erweist die Untersuchung das Bestehen besonderer Krankheitszustände, Zurückbleiben der Knochenbildung, Verkümmungen des Skeletts, Drüsenverwachsungen, Skrofuloze, Tuberkulose, Blutarmut, Mittelohrkatarrhe, Augenentzündungen, so sind von vornherein diejenigen Maßnahmen ärztlicherseits anzuordnen, welche zur Besserung, eventuell Heilung dieser Zustände nötig sind, die Aufnahme in Heilanstalten, Seehospize, Soolbäder, Waldschulen oder orthopädische Anstaltsbehandlung zu veranlassen. Bestehen vergrößerte Mandeln im Gaumen oder Rachen, welche die freie Atmung durch die Nase hindern und dadurch auch den Schlaf stören, wobei die Kinder jenen blöden Gesichtsausdruck mit offenem Munde aufweisen und in der Entwicklung zurückbleiben, so ist der Mutter aufzugeben, diese Mandeln operieren zu lassen.

Erweisen sich bei Befragung von Mütter und Kind resp. bei Recherche seitens der Schule und des Schularztes die besonderen häuslichen Verhältnisse als die Ursache des schlechten Ernährungszustandes und der sonstigen krankhaften Störungen des Allgemeinbefindens (mangelhafte Ernährung, Mangel an Schlaf, an Reinlichkeit, Alkoholdarreichung, Wohnungsmisere, Zusammenleben mit Kranken), so hat der Schularzt mit Rat und Tat dem Kinde zu seinem Rechte zu verhelfen, die Gewährung von Milch, warmem Frühstück seitens der Schule zu befürworten, die Aufnahme in die Waldschule oder Waldverhütungstätte in der schulfreien Zeit, eventuell Übernahme in die Fürsorgeerziehung durchzusetzen.

All diese Feststellungen, erbliche Belastung und häusliche Verhältnisse, außerdem Größe, Gewicht, Brustumfang des Schulkindes werden auf einem Bogen eingetragen, der als „Gesundheitspaß“ in der Schule verbleibt und in den nun mindestens alljährlich vom Schularzt die Veränderungen dieser Maße sowie etwaige Erkrankungen eingetragen werden. Erst bei sorgfältiger zahlenmäßiger Feststellung dieser Verhältnisse durch den Schularzt werden wir im Laufe der Jahre zu jenem zuverlässigen und wertvollen statistischen Material gelangen, welches uns sichere Schlussfolgerungen über den Einfluß des Unterrichtes auf die körperliche Entwicklung unserer Jugend erlaubt. Dann erst werden wir auch in der Lage sein, auf Grund solch großer Zahlenergebnisse bestimmte hygienische Forderungen an die Schule mit ganz anderem Nachdruck als bisher zu stellen.

Aus der Bewegung.

Für die proletarische Frauenagitation hat Genosse Bebel dem Parteivorstand 5000 Mk. überwiesen. Unsere Genossinnen, die seit Jahren unter großen Schwierigkeiten und Opfern unermüdet für die Einreichung der Proletarierinnen in das Heer der zellbaren Klassenkämpfer tätig sind, werden die Anerkennung und Aufmunterung zu würdigen wissen, die in dieser Zuwendung liegt. Nicht durch Worte, durch Taten werden sie ihre Dankbarkeit dem Manne beweisen, der in Deutschland, der Heimat spießbürgerlichsten Vorurteils gegen die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes, seit mehr als einem Menschenalter für diese in der vordersten Reihe kämpft, und dem die proletarische Frauenbewegung insbesondere als einem ihrer treuen Berater und Förderer in jeder Hinsicht Dank schuldet. Als Ehrenpflicht wird den Genossinnen gelten, mit gesteigertem Eifer auf der Bahn vorwärts zu schreiten, auf der ihnen Bebel lehrend und führend vorangegangen ist.

Von der Agitation. In Nürnberg wird jetzt planmäßig gearbeitet, um die Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen und sie zu guten Gewerkschafterinnen heranzuführen. Am 20. September fand eine allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, an der gegen 1000 Personen teilnahmen. Die Unterzeichnete referierte über das Thema: „Welches Interesse haben die Arbeiter und Arbeiterinnen an den wirtschaftlichen Kämpfen?“ Der Vortrag zeichnete ein Bild der Arbeits- und Lebensverhältnisse, welche der Kapitalismus für die Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechtes schafft, und zog mit allem Nachdruck die sich ergebenden Konsequenzen betreffs der Organisation und des Kampfes der proletarischen

* Bei einer kürzlich in England vorgenommenen Enquete hierüber ergab sich, daß etwa eine Million Schulkinder ohne warmes Frühstück zur Schule kamen.

Massen. Die Gedankengänge wurden durch Tatsachenmaterial illustriert über die Lage der Arbeiter in Nürnberg. Und wahrlich, es redete deutlich genug. Können die schärfsten Worte die kapitalistische Ausbeutung schärfer brandmarken als die Tatsache, daß in der Bleistiftfabrik von Faber wöchentliche Arbeitszeiten von 116 Stunden zu verzeichnen sind, daß 23 Stunden Sonntagsarbeit vorkommt! Besondere Berücksichtigung erfuhr natürlich in dem Referat die Lage der Arbeiterinnen. Eingehend schilderte die Rednerin die Mühen und Leiden, denen die erwerbstätigen Frauen und Mädchen preisgegeben sind. Wie dringend ihnen in der Folge der Schutz des Gesetzes und der Gewerkschaftsorganisation tut, das begründete sie damit in überzeugender Weise. Zu der Diskussion erwähnte Genossin Erber die Anwesenheit, ihre Begeisterung nicht einem Strohhalm gleich niederbrennen zu lassen, sondern sie in die Tat umzusetzen, sich aufzuklären, zu organisieren, jederzeit dem Rufe zu einer Versammlung zu folgen und unter ihren Verwandten und Bekannten für Erkenntnis und Anschluß an das Heer des proletarischen Befreiungskampfes zu wirken. — Die Unterzeichnete sprach des weiteren in Versammlungen zu Dinkelsbühl, Schopfloch und Hof. In den erstgenannten beiden Orten wendete sich die Agitation besonders an die Pinselarbeiter und Arbeiterinnen, die auch in Schopfloch recht zahlreich der Versammlung beiwohnten, während in Dinkelsbühl der Zentrumsinfluß sie leider noch abhält, ihre Interessen zu verteidigen. In Hof galt die Versammlung den Frauen der Bauhandwerker, die sich in Unwissenheit noch vielfach dagegen sträuben, daß der Mann seiner Gewerkschaft angehört und für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Die Referentin knüpfte an die hohen Fleischpreise und die augenblickliche Arbeitslosigkeit der Bauhandwerker in Hof an, um den Frauen die Notwendigkeit und Bedeutung der Organisation klar zu machen. Dabei betonte sie stark die Pflicht jedes gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiters, seinerseits Frau, Tochter und Schwester über die Lage der Ausgebeuteten und die kapitalistische Ordnung aufzuklären und durch Erkenntnis zu Mitkämpferinnen im Massenkampf zu erziehen. Ihre Ausführungen fanden in der Aufforderung aus, sich durch Wissen und Zusammenschluß zu rüsten für den Kampf, in dem die Proletarier sich Brot, Bildung und Freiheit erobern müssen. Die überaus zahlreich besuchte Versammlung, der sehr viele Frauen beiwohnten, gab durch Zwischenrufe und langanhaltenden Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen Ausdruck. Ehe die Anwesenden auseinandergingen, erklang brausend die Marseillaise.

Helene Grünberg.

Im Auftrag der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands hielt Unterzeichnete im Monat August in Ostpreußen, sowie in der Provinz Posen eine Reihe von Versammlungen ab, die durchweg sehr stark von Frauen besucht waren. Folgende Themen standen zur Verhandlung: „Die Fleischteuerung und ihre Ursachen“, „Arbeiterlöhne und Lebensmittelpreise“, „Das Proletariat im Kampfe um die Existenzmittel“. Die Orte Schönlanke, Schneidemühl, Jastrów, Bromberg, Thorn-Mockau, Hohensalza, Posen, Birnbaum, Schwerin und Landsberg wurden besucht, und es gelang in allen Orten, Frauen tätiger Parteigenossen zu finden, die versprochen, mit Hilfe ihrer Männer tüchtig für die Aufklärung der Frauen wirken zu wollen. In Bromberg fand außerdem noch eine Besprechung der Genossen und Genossinnen statt, die dazu beigetragen hat, daß wie bisher auch in Zukunft die Genossinnen sich bemühen werden, den sozialistischen Gedanken in die Massen zu tragen. Durch das Vorgehen der Polizei wurden wir gezwungen, in Hohensalza von der geplanten Versammlung Abstand zu nehmen und eine Besprechung zu arrangieren, die mit Hilfe eines Dolmetschers sehr flott geführt wurde und äußerst interessant verlief. Die polnischen Frauen zeigten ein lebhaftes Interesse und erzählten mir selbst viel aus ihrem arbeits- und entbehrungsreichen Leben. In der Versammlung in Jastrów erklärten sich 23 Männer durch ihre Unterschrift bereit, einen politischen Verein zu gründen und öffentlich für die Sozialdemokratie Propaganda zu machen. Der Verlauf der Versammlungen berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für das Vorwärtsschreiten des sozialistischen Gedankens im Osten. Hart und rauh ist dort der Boden, worauf das sozialistische Saat Korn fällt, aber eine volle Ernte wird heranreifen, wenn wir mit zäher Ausdauer keine Mühe scheuen. Darum an zu erneuter Arbeit.

Anfangs September referierte die Unterzeichnete in Versammlungen zu Stettin, Niederrad-Frankfurt, Höchst, Aschaffenburg, Rannheim und Wehlar. In Stettin wurde nach dem Referat über „Die Bildungsmittel des Proletariats“ die Gründung eines Frauenbildungsvereins beschlossen. (Siehe Nr. 19 der „Gleichheit“). — In Rannheim führte die Versammlung dem sozialistischen Frauenverein 64 Mitglieder zu. In den anderen genannten Orten gelang es, Frauen zu finden, die sich an der Verbreitung der „Gleichheit“ und der agitatorischen Kleinarbeit lebhaft beteiligen wollen. Möge die Arbeit der Baderen durch gute Erfolge belohnt werden.

W. K.

In der „roten Woche“ am 22. September hielten die Genossinnen Michels-Marburg und Baumann-Altona eine gut besuchte Versammlung in Lobeda bei Jena ab. Genossin Michels gab ein kurzes Bild der gegenwärtigen politischen Lage und ging dann im besonderen auf die Fleischnot und ihre Folgen für das Proletarierheim ein. Sie knüpfte an die vorliegenden Verhältnisse an, um die Frauen anzufeuern, ihrerseits lebhaften Anteil am politischen Vereins- und Versammlungsleben zu nehmen. Genossin Baumann führte unter Hinweis auf die Lebensmittelpreise und die niedrigen Löhne den Frauen klar vor Augen, wie sehr

Die Wirkungen der Politik an ihrem eigenen Leibe spüren müssen. Der gute Erfolg der Versammlung überstieg alle Erwartungen. Die ziemlich zahlreich vorhandenen Frauen stimmten begeistert dem Vorschlag zu, eine Vertrauensperson aufzustellen. Ihre Wahl fiel auf Frau Blumenstein. Für die „Gleichheit“ wurden 19 Abonnenten gewonnen. Möchten diesem schönen Anfang auch schöne Fortschritte folgen! G. M.

Von den Organisationen. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Stettin hat sich nun endgültig konstituiert. Die betreffende Versammlung erstreckte sich eines überaus zahlreichen Besuchs und wurde durch kurze Ansprachen der Genossinnen Storch und Horn eröffnet. Das einstimmig zur Annahme gelangte Statut entspricht dem des Berliner Schwestervereins, nur daß einzelne Bestimmungen den Stettiner Verhältnissen gemäß etwas abgeändert werden mußten. Der Vorstand besteht aus Fräulein Storch und Frau Weiß als erster und zweiter Vorsitzenden, Fräulein Müller und Fräulein Kochel als Kassierinnen, Fräulein Kameke als Schriftführerin und Frau Schulz und Fräulein Michaelis als Beisitzerinnen. Revisorinnen sind Frau Gappich, Frau Unruh und Frau Siegel. Der Verein hält alle vierzehn Tage Montags im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlungen ab. Es traten ihm noch 22 Frauen und Mädchen bei, so daß er bereits 148 Mitglieder zählt. Möge sich ihre Zahl durch rühriger Agitation bald und stetig vermehren. Wenn — wie die Vorsitzende mahnte — jede Genossin ihr bestes Wissen und Können zur Förderung des Vereins einsetzt und seinen Leiterinnen mit Rat und Tat treu zur Seite steht, so wird die proletarische Frauenbewegung in Stettin gesund emporblühen, der großen heiligen Sache des ausgebeuteten Volkes zu Ruh und Frommen.

A. Kameke.

In Pölzig (S.-A.) hielt die Zahlstelle des Tabakarbeiterverbandes ihr Stiftungsfest ab, das sehr zahlreich besucht war und dem auch liebe Gäste aus Gera, Altenburg und Ronneburg beiwohnten. In der Pölziger Zigarrenindustrie spielt die Heimarbeit die größte Rolle, und fast in jedem Hause sitzen drei bis vier Frauen und Mädchen und fronden für fargen Lohn und unter ganz ungesunden Bedingungen. Erfreulicherweise ist die große Hälfte der Heimarbeiterrinnen organisiert. In Anbetracht dieser Umstände war es ein glücklicher Gedanke, eine Frau mit der Festrede zu betrauen. Genossin Wackwitz wendete sich mit zündenden Ausführungen an die Festversammlung, und ihre Worte haben sicherlich dazu beigetragen, das Band der Solidarität fester um die Anwesenden zu schlingen und sie in Treue an die Organisation zu fesseln. Selma Jergiebel.

Jahresbericht des Frauen- und Mädchenbildungsvereins von Wittenberge und Umgegend. Am 30. September hielt der Frauen- und Mädchenbildungsverein von Wittenberge und Umgegend sein erstes Stiftungsfest ab. Die Organisation wurde im September vorigen Jahres nach einem wirksamen Referat der Genossin Wackwitz ins Leben gerufen. 34 Mitglieder traten ihr sofort bei. Es wird ein Monatsbeitrag von 20 Pf. und ein Eintrittsgeld in gleicher Höhe erhoben. Der Verein hat sich langsam weiterentwickelt und zählt jetzt 50 Mitglieder. In dem ersten Jahre seines Bestehens hielt er 11 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genossin Steinbach-Hamburg referierte. Zur Aufklärung und Weiterbildung der Genossinnen wird die „Gleichheit“ unentgeltlich den Genossinnen zugestellt. Erfreulicherweise weicht in letzter Zeit die Gleichgültigkeit der Genossinnen gegenüber dem Verein, so daß endlich die Genossinnen mehr Förderung erfahren, auch seitens der Gewerkschaften, die ihre Bibliothek den Mitgliedern des Frauenvereins unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Belehrende Vorträge beschuldigter Genossinnen sind zugesagt worden. So treten wir in das nächste Vereinsjahr mit der frohen Hoffnung ein, daß dieses mehr Früchte zeitigen wird. Die Genossinnen werden es an erstem Streben nicht fehlen lassen, ihre Überzeugung durch Taten zu bekräftigen.

Marie Hernowski.

Von der Essener Reichstagswahl. Der 19. September hat dem Wahlkreis Essen einen Zuwachs von rund 6000 sozialdemokratischen Stimmen gebracht. Drei Monate lang haben wir einen heißen Kampf geführt, der zwar viel Mühe und Arbeit gekostet, aber Aufklärung in die arbeitenden Massen des Wahlkreises getragen hat, denn der Wahlkampf wurde unsererseits nicht etwa im Zeichen der Mandatjägererei geführt, sondern mit aller Entschiedenheit als proletarischer Klassenkampf, der die Köpfe der arbeitenden Massen revolutionieren sollte. Versammlungen über Versammlungen fanden statt, fast alle erstreckten sich eines sehr zahlreichen Besuchs. Wir brauchen nur an die Versammlungen zu erinnern, in denen Genossin Zeitkin und Genossin Zieh referierte. Einen großen Erfolg bedeuteten auch die Frauerversammlungen, die in der Wahlzeit in Essen, Caterberg und Noppenberg stattfanden. In der ersten derselben sprach Genossin Zieh über: „Die Bedeutung der Reichstagsnachwahlen und die Frauen im Zeichen der Fleischvertierung“. Die drei Versammlungen waren außerordentlich stark besucht und brachten uns 100 neue Abonnentinnen auf die „Gleichheit“.

Am 19. September die Würfel gefallen waren und wir mit dem Zentrum in die Stichwahl kamen, da hieß es mit doppelter Kraft arbeiten. Und wahrlich, mit ausdauerndem Fleiß und größter Opferwilligkeit sind Genossinnen und Genossinnen weiter tätig gewesen. Es darf mit freudiger Genugnung berichtet werden, daß gerade auch die Genossinnen in dem Essener Wahlkampf sowohl bei der Hauptwahl als bei der Stichwahl ihre volle Schuldigkeit getan haben, und zwar die rednerisch tätigen Genossinnen wie auch alle die Angenannten, welche sich an der Kleinarbeit beteiligten.

Die letzteren waren unermüdet beim Verteilen von Flugblättern, die mit Begeisterung, mit einer Art Heißhunger nach Aufklärung gelesen wurden. Nicht eifrig betätigten sich die Genossinnen auch beim Verteilen von Wahlsondarmarkten in den Versammlungen. Besonders aufopfernd aber waren sie an den beiden Wahltagen tätig, wo sie vor den Wahllokalen Stimmzettel verteilten, wobei sie von der schwarzen Garde in der gemeinsten Weise beschimpft wurden. Das Zentrum bediente sich überhaupt der unsaubersten Mittel, um in den Besitz des Wahlkreises zu gelangen. Es verbreitete die schamlose Lüge, die Bergarbeiter seien um 20.000 Mk. gesammelte Streifgelder betrogen worden, da diese Summe statt ihnen den russischen Revolutionären gegeben worden sei. So dumm die Lüge war, sie hat doch leider Glauben gefunden und der Sozialdemokratie eine Anzahl Wähler abspenstig gemacht. Auch sonst hat die Zentrumspropaganda, voran die „Essener Volkszeitung“, die sogenannte „Kibeltante“, das schier Unmögliche an Verleumdungen und Lügen geleistet. Mit Recht hat Genossin Luxemburg in einigen Versammlungen zur Stichwahl herbeigehoben, daß wir den Wahlkreis, wenn er uns auch jetzt noch nicht ziele, in zwei Jahren doch sicher erobern würden. Die werktätige Bevölkerung ist hier in den Klassenkampf eingetreten und schart sich in immer klarerer Überzeugung um das rote Banner der „Umschüler“. Das erwachte Bedürfnis nach sozialistischer Aufklärung muß befriedigt werden. Alle, die schon in Reich und Glied der Partei stehen, müssen ihre ganze Kraft für diesen Zweck einsetzen. Wir dürfen bei der Agitationsarbeit nicht erlahmen. Besonders rühmlich müssen wir für die Verbreitung der Arbeiterpresse tätig sein und dafür sorgen, daß auch die „Gleichheit“ noch mehr Frauen über ihre erbärmliche Lage und ihre Pflichten aufklärt und sie zu treuen Kampfesgefährtinnen des Mannes heranzubilden hilft. Auf, Genossinnen, an die Arbeit, damit bei dem nächsten Wahlkampf der Sieg unser sei! M. D.

Politische Rundschau.

„Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran!“ Wer unter uns gedächte des ruhmredigen Wortes unseres geliebten Redefanzlers nicht stets mit erneuter Heiterkeit, nur daß dem Genuß dieser langweiligen Selbstverpöndung sich leider stets auch der bittere Beigeschmack tiefer Beschämung über die unsagbare Rückständigkeit dieses unseres Vaterlandes Preußen-Deutschland zugesellt, das Gefühl der tiefsten Beschämung, daß das „Woll der Dichter und Denker“ trotz seiner klassischen Philosophie und Dichtkunst, trotz der dreißigjährigen Aufklärungsarbeit seiner proletarischen Kampfpartei auch heute noch bis über die Zipselmähe in einer phylisterhaften Untertänigkeit steck, die sich die polizeiliche Willkürherrschaft als etwas Selbstverständliches, ohne zu muskeln, gefallen läßt. Solche Gedanken drängen sich auf, wenn man liest, wie borusische Polizeier mit dem Holländer Domela Nieuwenhuis umgesprungen sind. Nach den eigenen Beschwichtigungssepieteln der Kölner Polizei in polizeifrommen Blättern hat sich ihre Haupt- und Staatsaktion folgendermaßen zugetragen:

Domela Nieuwenhuis, eine in der ganzen Kulturwelt durch seine langjährige politische Tätigkeit bekannte Persönlichkeit, kommt in Privatangelegenheiten nach Deutschland. Er gelangt bis nach Köln. Dort erfährt die Polizei von seiner Ankunft. Nun ist Nieuwenhuis in dem politischen Verbrecheralbum der Polizei als „Anarchist“ rubriziert. Feinere Unterschiede zwischen den theoretischen Anarchisten vom Schlage der Krapotkin, oder Tolstoi, oder Egidy, oder Nieuwenhuis und den grundsätzlichen Terroristen, die sich auch „Anarchisten“ nennen, wie Ravachol, vermag das preussische Polizeihirn nicht zu fassen. Die Rubrizierung: „Anarchist“, so arbeitet es nach Schema F weiter: ausländischer Anarchist, gefährliches Subjekt, lästiger Ausländer, schleunigst auszuweisen, Präventivhaft verhängen, damit Instanzenweg für Ausweisungsverfahren vorschrittsmäßig beschritten werden kann.

Domela Nieuwenhuis wird verhaftet, ohne daß man ihm sagt, warum. Denn im „Land der vollendeten Rechtsgarantien“, die in der Praxis schon den Inländer allen möglichen bürokratisch-polizeilichen Schikanen preisgeben, besteht für Ausländer auch nicht einmal in der Theorie eine Rechtsgarantie gegen Polizeivillkür. Man kann sie verhaften, beliebig lang in Haft behalten, ausweisen, selbst die Grenze schieben — und ist niemand, nicht ihnen selbst, nicht der Volksvertretung, nicht der Öffentlichkeit Auskunft schuldig über die Gründe dafür. Die Gründe, sofern die lästliche Polizei es überhaupt für nötig hält, Gründe zusammenzufassen, kann sie bis an den Tag des jüngsten Gerichtes in ihren Akten schlummern lassen. Der greise Nieuwenhuis wird natürlich auch wie ein gemeiner Verbrecher behandelt, wie ein Mörder oder Dieb, das heißt wie einer aus den „niederen Ständen“. Die Bräsewige und Millionendiebe faßt man sanfter an. Da kennt die lästliche Polizei Rückfichten allerhand.

Elf Tage lang läßt man ihn sitzen. Mit welchen Hin- und Herschreibereien im Instanzenweg diese elf Tage verbracht worden sind, das mögen die Götter wissen. Genug, der lästige Ausländer sitzt, ohne zu wissen warum. Geschickt ihm recht! Deshalb ist im Verbrecheralbum sein Name mit „Anarchist“ rubriziert. Die ganze Richtung paßt nicht in den preussischen Polizeikram. Er könnte heute noch sitzen. Da, am ersten Tage, kommt es im Instanzenweg zur Kenntnis der Kölner Polizei, daß der pp. Nieuwenhuis vor fünfzehn Jahren einmal aus Preußen ausgewiesen worden ist. Also nicht bloß lästig! Er hat was auf dem Kerbholz. Er hat Vannbruch begangen. Jetzt wird es nach unseren Rechtsgarantien notwendig, ihn vor den Richter zu stellen — binnen 24 Stunden.

Notabene, ein blendendes Schlaglicht, das auf die Herrlichkeit preussischen Fremdenrechtes fällt, das in Ungereimtheit tatsächlich aller Welt voran ist! Der Ausländer, der kein deutsches Gesetz verlegt hat, kann als lästiger Ausländer unbegrenzte Zeit in Präventivhaft genommen werden. Hat er aber ein Gesetz verlegt, so muß er binnen 24 Stunden nach seiner Verhaftung vor den Richter gestellt werden. Der unschuldige Ausländer genießt gar keine Rechtsgarantie gegen Polizeivillkür, der schuldige oder angeschuldigte genießt wenigstens die bedingte Rechtsgarantie, daß er nicht unbeschränkt in Haft behalten werden kann.

Der Gerichtshof verurteilt dann den Infulpaten wegen „Vannbruchs“ zu fünf Tagen Haft, die durch die Vorverhaftung für verbüßt erklärt werden. Nebenbei bemerkt, Nieuwenhuis hatte ganz unwissentlich das schreckliche Verbrechen des Vannbruchs in Preußen auf seine schuldige Seele geladen, da ihm ein Berliner Rechtsanwalt versichert hatte, die Geschichte sei verjährt. Die fünf Tage hat er deshalb doch weg — von Rechts wegen, denn in Preußen-Deutschland schützt Ankenntnis der Gesetze nur den Beamten vor Strafe, nicht den unbeamteten Staatsbürger, geschweige denn den Ausländer, dieses lästige Subjekt.

Der Richterspruch in Sachen Nieuwenhuis läßt erkennen, daß das Richterkollegium wenigstens ein schwaches Bewußtsein der Schmach gehabt hat, die Preußen in aller Welt voran durch die Kölner Großtat auf sich geladen hat. Aber was nun folgte, zeigte wiederum, daß die Kölner Polizei, weit von solcher Erkenntnis entfernt, sich sagte: Das gerichtliche Erkenntnis will den Fall möglichst glimpflich aus der Welt schaffen? Oh! Man hat die Rechnung ohne die lästliche Polizei gemacht. Nun kommen wir wieder dran. Den pp. Nieuwenhuis auf freien Fuß setzen? Das fehlte noch. Nun gerade nicht!

Nach Schema F wird unentwegt weiter gearbeitet: pp. Nieuwenhuis ist verurteilt wegen Vannbruchs, Strafe ist bereits verbüßt. Somit tritt Polizeipraxis gegenüber unschuldigem Ausländer wieder in Kraft: pp. Nieuwenhuis ist wieder in Haft zu nehmen, damit Instanzenweg behufs Ausweisung weiter im Schneckenrad befahren werden kann. So ist es wirklich geschehen. pp. Nieuwenhuis wird wieder in Haft genommen. Es wird ihm auch jetzt nicht einmal gesagt, weshalb. Soweit läßt sich das Verfahren wenigstens noch halbwegs in Einklang bringen mit der verschimmelten Polizeipraxis in Ausländerpraxis überhaupt. Sofern man nämlich immer für erlaubt hält, die abstraktesten Konsequenzen aus solchen Bräuchen zu ziehen.

Nun aber ist eine Polizeitaktik zu verzeichnen, für die sich aus verschimmelten Akten von Anno dazumal schwerlich ein Präcedenzfall aufstöbern läßt. Briefe, die Nieuwenhuis aus der Haft an den niederländischen Konsul in Köln und an seinen Rechtsanwalt richtete, sind nicht ausgeliefert worden. Man hat also dem lästigen Ausländer auch der Möglichkeit berauben wollen, durch seine heimischen Behörden, oder auf dem Wege des inländischen Rechtsverfahrens, sich der willkürlich verhängten Haft zu entziehen. Erst die angerufene Intervention des Ministeriums hat ihn befreit. Die Polizei redet sich damit heraus, daß sie erst in Holland hätte anfragen müssen, ob man ihn dort auch aufnehmen wolle. Sie weiß also nicht einmal, daß die holländische Regierung gar kein Recht hätte, die Aufnahme eines Holländers abzulehnen! Nach seiner Loslassung hat der ausgewiesene Nieuwenhuis natürlich schleunigst die ungaslichen Grenzen Preußens verlassen und erhebt einen entristeten Protest gegen die Behandlung, die ihm angetan wurde.

Mehr noch aber haben wir Deutsche Grund, Protest zu erheben gegen diese Polizeitaten, die uns alle entehren. Wir alle sind mitschuldig, wenn unsere Behörden Ausländer mishandeln. Weshalb duldet „der Deutsche hieber fromm und stark“ solche schwachhollischen Zustände! Wir Sozialdemokraten wenigstens wollen diese Schuld von uns abwälzen, indem wir bis zum Ende eine Regierung bekämpfen, die in kleinsten Polizeischikanen aller Welt voran ist. G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Vom materiellen Wirken der Gewerkschaften, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Arbeiterinnen, gibt uns die von der Generalkommission jüngst veröffentlichte Statistik über die Lohnbewegungen im Jahre 1904 ein klares Bild. In ihr spiegeln sich die gewaltigen wirtschaftlichen Klassenkämpfe des deutschen Proletariats wider, jede Befürchtung widerlegend, als seien die deutschen Gewerkschaften auf dem Wege der Stagnationspolitik der englischen Trade Unions. Mit Ausnahme von einigen kleinen, unbedeutenden Gewerkschaften und des Buchdruckerverbandes sind alle Gewerkschaften in kleinerem oder größerem Maße an diesen Kämpfen beteiligt gewesen; der Hauptanteil entfällt auf das Baugewerbe. 40 Verbände haben an 1076 Orten in 14781 Betrieben Angriffstreiks — also Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen — geführt. Rund 170000 Personen waren daran beteiligt, 48000 Personen davon erzielten eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt rund 192000 Stunden pro Woche und 123000 Personen Lohnhöhungen von insgesamt 240000 Mk. pro Woche. An den Abwehrstreiks — Bewegungen zur Vereitelung von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen — waren 20 Verbände an 234 Orten in 562 Betrieben mit rund 14000 Personen beteiligt. Die Abwehr wurde meist hervorgerufen durch seitens der Unternehmer geplante Lohnkürzungen, in zweiter Linie auch durch beabsichtigte Arbeitszeitverlängerungen, ferner durch Verschlechterung der Fabrikordnung, wegen Mahregelungen usw. Durch die Bewegungen wurde abgewehrt: für 2583 Personen eine Arbeits-

zeitverlängerung von zusammen 9777 Stunden pro Woche und für 8879 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 10670 M. pro Woche. Insgesamt erreichten rund 50.000 Personen eine Arbeitszeitverlängerung oder wehrten eine Arbeitszeitverlängerung ab von zusammen 200.000 Stunden pro Woche; 125.000 Personen erreichten Lohnhöhungen oder wehrten Lohnkürzungen ab von insgesamt 250.000 M. Für 1188 an den Lohnbewegungen Beteiligten, die eine Verkürzung der Arbeitszeit, und für 1872, die eine Lohnhöhung erzielten, fehlte die nähere Angabe der Resultate. Die Arbeitszeit wurde in den einzelnen Fällen von 1/3 Stunde bis 36 Stunden pro Woche verkürzt, die Unternehmer wollten Arbeitszeitverlängerungen von 1 1/2 bis 12 Stunden aufzwingen. Lohnhöhungen wurden in einer Höhe von 50 Pf. bis 12 M. pro Woche erzielt und in Aussicht gestellte Lohnkürzungen von 50 Pf. bis 13,50 M. abgewehrt. Neben den errungenen Lohnverbesserungen sind noch eine ganze Reihe kleinerer Vergünstigungen dank der Lohnkämpfe durchgeführt worden, so: Mehrbezahlung für Überstunden, Feiertagsbezahlung, Gewährung von Ferien usw. In 559 Fällen kamen Tarifverträge zustande. Das sind jedenfalls recht bedeutende positive Leistungen der Gewerkschaften. Dabei ist zu beachten, daß die Statistik der Generalkommission trotz der bedeutenden Verbesserung, die sie erfahren hat, noch lückenhaft ist. Was ihre weitere Ausgestaltung anbelangt, so wünschen wir, daß die Errungenschaften der Arbeiter und der Arbeiterinnen gesondert aufgeführt würden. Man könnte dann erfahren, in welchem Maße die Arbeiterinnen daran partizipieren. Die Feststellung ihrer Errungenschaften scheint uns nötig. Die betreffenden Ziffern sind sicher von agitatorischem Werte, sie erzählen den Arbeiterinnen von dem Nutzen und der Macht der Organisation. Dann aber wird auch die Veröffentlichung der einschlägigen Ergebnisse das ihrige dazu beitragen, daß bei Lohnforderungen die Interessen der Arbeiterinnen die volle gebührende Berücksichtigung finden, und daß entgegengesetzte Vorkommnisse verschwinden, wie wir sie ab und zu kritisieren mußten. Wir bedauern, daß wir nicht heute schon unseren Leserinnen die Zahlen über das vorführen können, was Arbeiterinnen dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation errungen haben.

Der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Begien, knüpft an die Würdigung der erlängten Lohnverbesserungen folgende zutreffende Worte: „Trotzdem ist aber mehr als wahrscheinlich, daß diese Lohnsteigerungen das nicht aufwiegen, was den Arbeitern durch künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter entzogen ist. Und wiederum ist es nur ein geringer Teil der Arbeiterklasse, und es nur rund 125.000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich einer Erhöhung ihres Einkommens erfreuen können. Mehr als 5.000.000 Industriearbeiter und Arbeiterinnen haben die Verteuerung der Nahrungsmittel ertragen müssen, ohne ihr Einkommen erhöhen zu können. Es wäre, trotz aller Anerkennung, die wir den Leistungen der Gewerkschaft zollen müssen, verfehlt, nach dem Errungenen darauf zu schließen, daß sich im letzten Jahre die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gehoben habe. Und wenn im nächsten Jahre der Jolltarif voll zur Geltung kommt, dann wird mit einem Schlage das vernichtet sein, was die Gewerkschaften in einem Jahrzehnt an Lohnhöhungen erreicht haben. Das dürfte den Arbeitern nach zwei Richtungen zu denken geben. Sie werden daraus erkennen müssen, daß sie mehr noch als bisher zu ihren Gewerkschaften halten und für deren Ausbreitung und Stärkung mit aller Kraft sorgen müssen. Zweitens aber muß es ihnen klar zum Bewußtsein kommen, daß es mit dem gewerkschaftlichen Kampfe allein nicht getan ist, wenn durch ein Gesetz allein die Errungenschaften der Gewerkschaftsorganisationen eines Jahrzehntes vernichtet werden können. Sie müssen aus diesem Ergebnis die Lehre ziehen, daß sie sich auch um die politischen Vorgänge zu kümmern und dafür zu sorgen haben, daß die Gesetzgebung nicht zu ihrem Schaden arbeitet. Und wenn wir dann noch in Betracht ziehen, daß selbst in einer Periode wirtschaftlich günstiger Konjunktur und steigender Nahrungsmittelpreise Lohnkürzungen eintreten, so muß mit allem Nachdruck die Mahnung ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft daran zu denken hat, daß noch gewaltig viel zu tun ist, ehe ihr Recht auf eine ausreichende Lebenshaltung zur Geltung gebracht werden kann. Wir erwarten bestimmt, daß im laufenden Jahre energischer daran gearbeitet wird, den Ausgleich zwischen Nahrungsmittelverteuerung und Lohnhöhe herbeizuführen. Nicht geduldig in ihr Schicksal ergeben darf sich die Arbeiterschaft, sondern sie muß durch rücksichtslosen Kampf bestrebt sein, die Lasten, die ihr durch unsinnige Wirtschaftspolitik auferlegt werden, abzuschütteln. Die Verantwortung für diese Kämpfe mögen jene tragen, welche die Arbeiterschaft in diese Zwangslage gebracht haben. Auf alle Fälle muß die Arbeiterklasse zu dem Bewußtsein kommen, daß Tugden und Darben nicht nur ihrer unwürdig, sondern auch geeignet ist, ihre Widerstandskraft völlig zu brechen.“

Aber den Miesenkampf in der Berliner Elektro-Industrie werden unsere Leserinnen durch die Tagespresse unterrichtet sein, in seiner Bedeutung wird er außerdem an anderer Stelle der „Gleichheit“ gewürdigt. Wir erwähnen hier nur eine Einzelheit. Die Kühnemänner, die brutal auf 30.000 Arbeiter wegen eines recht geringfügigen Anlasses auf die Straße warfen, wollten den wenigen Arbeiterinnen, die dabei in Betracht kamen, „großmütig“ ein paar Pfennige Lohnzulage gewähren. Die Arbeiterinnen verzichteten jedoch darauf und übten Solidarität mit ihren Arbeitsbrüdern. Schade, daß sie nicht ausschlaggebend in diesem Kampfe sein können. Wäre ihre Anzahl größer, so würden sie ihn sicher zugunsten der Arbeiter entscheiden helfen. Nach den bisherigen Erfahrungen finden sich nämlich unter den Arbeiterinnen, trotz geringer gewerkschaftlicher Schulung, nicht so viele der

dem Staate besonders nützlichen Spezies von Menschen, die ihre Lebensaufgabe im Streikbruch erblicken.

Nach wie vor steht der Textilarbeiterverband in der jetzigen Zeit lebhafterer wirtschaftlicher Kämpfe auf dem ersten Plan. In Reichenbach in Schlesien kämpften über 1100 Weber und Weberinnen sechs Wochen. In einer Fabrik stellte das Personal recht minimale Lohnforderungen. Das hatte zur Folge, daß die anderen Fabrikanten die Arbeiter und Arbeiterinnen aussperrten. Unterhandlungen wurden wiederholt gepflogen, jedoch ohne Erfolg. Die Sache steht für die Ausständigen insofern nicht sehr günstig, weil unbegreiflicherweise bei ihnen selbst das Interesse abzuklingen scheint. — Im Greiz-Geraer Bezirk ist eine Tarifbewegung größeren Umfangs im Gange. Die Unternehmer verhalten sich zwar den Forderungen gegenüber ziemlich ablehnend, dennoch ist eine Einigung nicht ganz ausgeschlossen. — In Kassel hatten die Ausständigen nach zweitägigem Kampfe Erfolg, ihre Wünsche wurden in der Hauptsache berücksichtigt. — In Rowames-Neuendorf endete der Streik ebenfalls mit gutem Erfolg. Noch einige kleinere Kämpfe waren in der Textilindustrie zu verzeichnen. Der Verband ist mit anerkennenswerter Mäßigkeit für die Besserstellung seiner Mitglieder tätig.

Der Halberstädter Handschuhmacherstreik mußte wegen seiner Aussichtslosigkeit aufgehoben werden. Entscheidend für diesen Beschluß war, daß eine Menge fertiger Fabrikate auswärts hergestellt wurden. In der Folge bestand die Gefahr, daß bei längerer Dauer des Kampfes viele von den ausständigen Arbeitern und Arbeiterinnen nicht mehr an ihre alten Plätze hätten zurückkehren können. Immerhin mußten sich die Unternehmer zu einigen Zugeständnissen bequemen. Die Vorwürfe, welche seitens der Mitglieder der Verbandsleitung gemacht werden, treffen diese sicher zu unrecht, denn angesichts der verzweifelten Situation blieb ihr nichts weiter übrig, als den Streik aufzuheben.

258 Arbeiter und Arbeiterinnen der Kürschnerbranche stehen in Markranstädt wegen Lohnabzug im Ausstand. In Köln kam für die Arbeiterschaft des Gewerbes ein ganz annehmbarer Tarif zustande.

Einer allgemeinen Tarifbewegung der Berliner Wäschnäherinnen und Plätterinnen, auf die wir schon hinwiesen, ging ein Streik bei einer Firma voraus, an dem 102 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Es handelte sich außer der Abschaffung einiger Mißstände im Betrieb hauptsächlich um die freie Lieferung von Garn und Nadeln, für die 1 bis 2,50 M. pro Woche verausgabt werden mußten. Die Firma bewilligte die Forderungen der Ausständigen. Als allgemeine Forderungen wurden aufgestellt: 10 Prozent Lohnzuschlag für die Näherinnen, 18 M. wöchentlicher Mindestlohn für Plätterinnen und 30 M. für Zuschneider, 25 Prozent Zuschlag für Überstunden und freie Lieferung von Garn und Nadeln usw. Voraussichtlich wird es zu Verhandlungen und zur Anbahnung eines Tarifes kommen.

In der Schuhindustrie ist gleichfalls von vielen kleineren Kämpfen zu berichten. Ein größerer Ausstand, an dem 650 Personen beteiligt sind, ist in Dresden ausgebrochen. Wegen eines Punktes scheiterten die Tarifverhandlungen. Die Aussicht dieses Kampfes ist gut, da 85 Prozent der Ausständigen organisiert sind.

Der Buchbinderverband führt diverse Tariffkämpfe in den kleineren Städten, auch in den Nebenbranchen, mit wechselndem Erfolg; Arbeiterinnen sind an allen Bewegungen beteiligt. #

Notizenteil.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Die zwölfte Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hat Anfang Oktober in Leipzig getagt. Die genannte Organisation zählt auf 24.800 männliche nahezu 12.000 weibliche Mitglieder. Da in der Tabakindustrie auf 126.000 Arbeiter überhaupt 70.000 Frauen entfallen, muß trotz der erfreulichen Zunahme des weiblichen Mitgliederstandes noch kräftig agitiert werden, damit Männer und Frauen in gleichem Verhältnis zur Zahl ihrer Berufstätigen organisiert sind. Die Generalversammlung wies im Hinblick auf die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaftsbewegung zwei sehr erfreuliche Züge auf. Der eine war die größere Beachtung, welche der Agitation unter den Arbeiterinnen geschenkt wurde, der andere die fleißige und geschickte Beteiligung der anwesenden zwei weiblichen Delegierten an den Verhandlungen. Unseres Wissens war es zum erstenmal, daß Arbeiterinnen in dieser aktiven Weise an einer Generalversammlung des Verbandes teilnahmen. Eine der zwei weiblichen Delegierten, Frau Behner, wurde in die Mandatprüfungskommission gewählt. Sie war wie ihre Kollegin, Frau Zähmigen, Vertreterin der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen. Beide griffen wiederholt mit trefflichen Ausführungen in die Debatten ein. Frau Behner verbreitete sich beim Vorstandsbericht über den Kampf in der Dresdener Zigarettenindustrie und hob besonders hervor, wie wichtig die Haltung der Frauen für ihn gewesen sei. Auf Grund ihrer Erfahrungen sprach sie die Hoffnung aus, daß bei immer weiterer Zunahme der weiblichen Verbandsmitglieder ohne Zweifel das Solidaritätsgefühl der Frauen sich immer mehr entwickeln würde. Sie empfahl die Erhöhung des Beitrags mit der Begründung, daß der Verband, der so große Opfer gebracht hat, kräftig unterstützt werden müsse. Der Genosse Meister war nachdrücklich für die Anstellung einer Gauleiterin eingetreten und hatte gefordert, daß diese eine geschickte Agitatorin sein müsse. Frau Behner schloß sich seinen Ausführungen an und betonte noch, daß nötig sei, aus den Reihen der Arbeiterinnen selbst Agitatorinnen

heranzuschulen, die am erfolgreichsten für die Organisierung ihrer Kolleginnen tätig sein würden.

Frau Zähmigen sprach sich gegen die Schaffung von besonderen Sektionen der Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen aus, da durch solche die Branchen einander entfremdet würden. Auch sie trat für eine regere Agitation unter den Frauen ein. Zum Punkt Presse forderte sie eine größere Berücksichtigung der Arbeiterinnen und ihrer Interessen in dem Verbandsorgan. Zur Frage der Hausindustrie wiesen die beiden weiblichen Delegierten darauf hin, daß diese auch in der Zigarettenindustrie immer mehr um sich greife. Speziell die Frauen und Töchter kleiner Beamten, Handwerker usw. übernehmen Heimarbeit zu Schundlöhnen. Beide Delegierte haben bewiesen, daß sie der Aufgabe des ihnen übertragenen Vertrauensamtes gewachsen waren. Ihre Beteiligung an den Arbeiten der Generalversammlung wird das Selbstvertrauen der Arbeiterinnen und ihr Interesse am gewerkschaftlichen Leben heben und dadurch allein schon wie durch die gegebenen Anregungen vorteilhaft auf die Agitation unter ihren Berufsgenossinnen zurückwirken. Wie dringend nötig deren energische Förderung durch Wort und Schrift ist, das wurde auch von Geyer-Leipzig, Anné-Speyer und Müller-Berlin betont. Hoffentlich setzt die Verbandsleitung die gegebenen Anregungen bald in die Tat um, insbesondere aber den Beschluß des Verbandstags, eine Gauleiterin anzustellen.

Soziale Gesetzgebung.

Schutz der Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. Eine kürzlich erschienene Übersicht stellt fest, daß in den meisten Staaten der nordamerikanischen Union die Arbeitszeit der Frauen auf 10 Stunden im Tage oder 60 Stunden in der Woche festgesetzt ist. Im Staate Wisconsin ist der Achtstundentag für die Frauen gesetzlich festgelegt, in Massachusetts beträgt die gesetzliche Wochenarbeitszeit 58 Stunden und im Staate New Jersey 55 Stunden.

Die Kinderarbeit ist sehr mannigfaltig geregelt. Früher, und in den Südstaaten auch noch jetzt, herrschten die furchterlichsten Greuel der Kinderausbeutung. Kinder unter zehn Jahren wurden bei gefährlichen und harten Arbeiten beschäftigt. Jetzt verbieten eine Reihe von Staaten die regelmäßige Verwendung von Kindern unter zwölf, beziehungsweise unter vierzehn Jahren. Zehn Staaten haben das Verbot der Kinderarbeit unter zwölf Jahren, in Pennsylvania dürfen Kinder unter dreizehn Jahren nicht beschäftigt werden, zwölf Staaten, darunter die industriell fortgeschrittensten, verbieten die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren. In der Mehrzahl der Staaten verlangen die Schulgesetze die Schulpflicht der Kinder vom siebenten bis vierzehnten, ja bis zum sechzehnten Jahre. Wo es gestattet ist, die Kinder vor dem Ende der Schulpflicht in den Fabriken zu beschäftigen, werden die Schulpflichtigen angehalten, durch zwölf Wochen bis zu zwei Drittel des Jahres die Schule zu besuchen. Einige wenige Staaten, aber darunter hochindustrielle, gestatten den Kindern unter sechzehn Jahren nur dann zu arbeiten, wenn die Schule geschlossen ist. In den Südstaaten, in denen die früheren Sklavenhalter die politische Macht haben, existieren noch bejammernswerte Zustände, mit einziger Ausnahme des Staates Tennessee, in dem Kindern unter vierzehn Jahren die Beschäftigung in Fabriken verboten ist. In einer Reihe von Staaten wirken neben männlichen Fabrikinspektoren auch weibliche. a. h.

Frauenstimmrecht.

Eine Bibliographie von Werken über das Frauenstimmrecht ist von einer literarischen Kommission angelegt worden, welche der Nationalverband für das Frauenstimmrecht in den Vereinigten Staaten seinerzeit eingesetzt hatte. Das Verzeichnis umfaßt bis jetzt 823 Bücher, Flugblätter und Zeitschriften.

Quittung.

Im September gingen für den Agitationsfonds der Genossinnen bei der Unterzeichneten ein: Von den Genossinnen in Jastrow, Birnbaum und Schwerin, durch Genossin Köhler 3 M.; aus Ottenfen und Warmstedt für Bons, durch Genossin Wartenberg 15 M. und 5 M.; Frau Köhler, durch Genossin Wartenberg 1 M.; Burg, durch Genossin Such 3,20 M.; Bremen-Hastedt, durch Genossin Schäfer 10 M.; Mannheim, durch Genossin Feichter 20 M.; Gildesheim, durch Genossin Lippmann 2,39 M.; Minden i. Westf., durch Genossin Lohmann 10 M.; Rülheim a. Rh., durch Genossin Hauer 30 M.; Bant, durch Genossin Buchardt 10 M.; Chemnitz, durch Genossin Riemann 70,77 M.; Callenberg-Richtenstein, durch Genossin Held 5 M.; Oberreichenbach, durch Genossin Bohmann 15,50 M.; Berlin, durch Genossin Panzeram 100 M.; durch Genossin Lutz 3,90 M.; durch Genossin Böring 3 M.; von Genossin Schwarz 10 M.; Köln-Stadt, durch Genossin Lütz 20 M.; Grafa u. Magdeburg, durch Genossin Scharshuh 10 M. Summa: 347,76 M.

Nachtrag vom August: Von den Genossinnen aus Heeren in Westfalen, durch Genossin Pählold 5 M. Insgesamt: 352,76 M.

Dankend quittiert:

Ottilie Baader, Berlin S 53, Blücherstr. 49, Hof II, Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Wegen Raummangel mußten Einsendungen zu „Jugend und Sozialismus“ zurückbleiben.

Irrlichter.

Von Uda Christen.

(Fortsetzung.)

Unhörbar fiel der Tau von Blatt zu Blatt, unhörbar tropfte er auf ein blondes Haupt, auf zwei weit über den Kopf geworfene Arme mit gefalteten Händen, und niemand hörte, was ein junger Menschenmund der alten Erde zuflüsterte, als Antwort, als Dank für alle die leisen tröstenden Stimmen . . .

Noch war es so lautlos, weder in dem Walde, noch auf der Erde, noch in den Lüften regte sich ein Ton . . . Da jubelte jährlings unten in den Feldern die erste Lerche auf, und als ob sie Langschläfer wachgerufen hätte, so ertönte allmählich aus den Zweigen und Büschen ein schüchternes verschlafenes Zwitschern, es wurde lauter, vielstimmiger, fröhlicher und schwoh an zu einem süßen lebensfreudigen Singen . . . Der einsame Mensch erhob sein Haupt, breitete die Arme der Sonne entgegen, und über sein weiches Gesicht rann auch der Morgentau . . .

Seit jenem Morgen hauste der Student bei seinem Freunde, bei dem Pole. Er ging aus dem Walde geraden Weges zu ihm, und es schnürte ihm fast die Kehle zusammen, als er dem Lumpen sagen mußte, daß er ohne Brot und ohne Dach sei, daß er keinen Heller in der Tasche habe.

Er wolle das Leben anders anfassen, als er es bis jetzt getan hätte, meinte er verdüstert und erschrocken dann über seine eigenen Worte, denn sie waren ein absichtsloser Vorwurf für den Pole. Der sahblonde, knochenweiche Gefelle hieß ihn willkommen, räumte ihm seinen Platz an dem schiefen Schreibtisch ein, zuckte gleichgültig die Achseln ob der guten Vorzüge und trollte sich davon, den abgematteten Friedel bei seinen Büchern zurücklassend.

Der alternde polnische Student lag Jahr um Jahr in den Hörjäten und Kneipen herum; das Unglück seiner Nation ließe ihm nicht Kopf genug, um fertig zu werden, jammerte er jedem vor, aus dessen Beutel er just lebte.

Als er noch jünger gewesen, galt er für einen Kaufhold, weil er viel lärnte und schrie, auf der Menjur aber erkannten sie bald den Maulhelden, und diese Erkenntnis kostete ihm nebst dem Ruhm auch noch ein halbes Ohr, das ihm sein übermütiger Gegner so zum Spaß weghieb. Seit damals ließ er die Dreistigkeit ganz beiseite, wurde ungewöhnlich schweigsam und sprach von sich selbst nur mit jener abwehrenden melancholischen Hochachtung, mit welcher andere etwa andeuten, daß sie nicht zuviel an einen großen, ihnen teuren Toten erinnert sein wollen, und dies mochte später der erste Grund gewesen sein, um dessentwillen sich jüngere, poetisch gestimmte Studenten zuflüsterten, „der Pole“ sei ein berühmter Dichter . . . Er selbst sagte wenig davon, er nahm nur zuweilen in der Kneipe ein Büchlein mit grellrotem Umschlag aus der Brusttasche, riß ein Blatt heraus, zündete seine Pfeife damit an, starrte an die Decke und ließ das Büchlein unbeachtet liegen. Er tat dies meist nur dann, wenn er mit deutschen Studenten beisammen saß, denn ein oder der andere nahm immer wieder den Köder auf, las auf dem Titelblatt den Namen des Polen, blätterte und blätterte, konnte aber nichts sonst lesen, denn das Büchlein war polnisch gedruckt.

„Von dir, Kasimir?“ fragte der erstaunte Jüngling dann.

„Ja, von mir — aus alter Zeit — ist lang vorbei“ — flüsterle der Pole, blies große Wolken aus seiner Pfeife und schaute träumerisch auf das rote Titelblatt.

„Sonette sogar! Dora, Kamilla, Hermina, Klara! — Lauter Liebesden von dir? — Ja! — Aber du mußt ja verflucht viel Glück bei den Weibern haben. Weißt du, ich hätte nie geglaubt, wieviel eigentlich in dir ist!“

„Schweigen wir davon, hier bin ich nichts, heimatloser Hund jetzt. Mein Vaterland kennt mich! — Mein edles Polen — unheilbarer Schmerz! — Gib mir die Flasche herüber.“ Eine tragische Gebärde folgte diesen Ergüssen, dann trank er hastig und murmelte etwas in seiner Heimatsprache vor sich hin.

Mit unbedeutenden Veränderungen wiederholte sich dieser Auftritt bis auf einige andere Worte jedes Jahr zwei-, dreimal, und manches harmlose Menschenkind voll jugendlichem Allesglauben lief in die groben Netze des Polen. Endlich aber ertappte ihn ein Schlaupol und bewies, daß seine polnischen Verse nur stümperhafte Übertragungen und verkrüppelte Nachahmungen der Dichtungen Byrons und Heines seien, er bekam damals ganz gemeine Prügel, und seine Geniegrimassen wurden nunmehr als mißlungene Hanswurstpässe behandelt.

Diese ganze Geschichte des edlen Polen war in der lustigen Chronika der Stammkneipe zu lesen, und irgend ein kühner Zeichner hatte unter die schlichte Darlegung jener Eigenschaften auch das Bild des Geschilderten angebracht, der ganze Abschnitt aber wurde den Fächsen als Warnungsdruf gleich an ihrem ersten Kneipabend vorgelesen . . .

Der Pole zog sich nach allen diesen Niederlagen aus dem gewohnten Kreise in eine entfernte Vorstadt zurück

und bewarb sich dort eifrig um die Gunst der Schenk- wirtin und Geldverleiher. Auch den sorglosen Friedel, daß reiche Bürgerkind, spürte er dort auf und drängte sich bald so in sein Haus und in sein Leben, daß die beiden schier unzertrennlich waren . . . Er müsse das Leben kennen lernen, das Mutterföhnchen mit den Vorstadtbegebenheiten ausziehen, ein wenig den Idealen leben, die Poesie in der nüchternsten Prosa aufsuchen, sagte er mit winselnder Zärtlichkeit. Der junge Krauskopf lachte zwar über das, was sich als abgeschmackte, langweilige Verschrobenheit auffassen ließ, aber er konnte sich dennoch eines gewissen Mitleids, einer unbewußten wehmütigen Sympathie ob dieser seltsamen Verkommenheit nicht erwehren . . . So kam es, daß er all sein Geld mit dem unzertrennlichen Freunde durchbrachte, daß er später Schulden auf sein Haus machte, immer und immer wieder borgte, bis es hastig mit dem gedankenlosen jungen Studenten abwärts ging . . . so hastig, daß während eines lustigen Ausflugs, der acht Tage dauerte, sein Vaterhaus an den Meißbietenden verkauft wurde. „Hat schon wieder einen mit Haut und Haar gefressen, der Pole!“ lachten die Geldverleiher . . .

Und in der wüsten, schmutzigen, unfreundlichen Stube dieses Herumlungerers saß der arme Friedel, zermarterte seinen hübschen Kopf und dachte zum erstenmal ernstlich daran, recht bald Doktor zu werden.

Der Pole kam erst abends verdrossen heim und erzählte kläglich, daß er keinen Heller Geld in der Tasche und kein Stäubchen Tabak in der Pfeife habe. Friedel fuhr aus alter Angewohnheit rasch in seine Tasche, aber er wurde dunkelrot und wandte sich beschämt ab, weil er dem Freunde nichts bieten konnte . . . Und plötzlich wurde ihm die verbrauchte Stube, in der er sonst manchmal gern ein paar Stunden herumgelegen war, fremd und eng, jetzt, da er keine andere Stelle auf der Welt hatte, wo er bleiben konnte, jetzt überkam ihn eine kindische Sehnsucht nach dem eigenen sauberen Heim. So unzertrennlich er von dem Pole war, solange er Geld für ihn hatte, so lästig war ihm jetzt der Mensch, dessen eigentümliche Gastfreundschaft er genoß; seine geröteten verschwelgten Augen, sein aufgedunsenes graublasses Gesicht, sein süßes kriechendes Lächeln waren dem Studenten jetzt unerträglich, es verlegte ihn alles in der Stube und an dem Hausherrn, es war ihm zu Mute, als sei er da, um auf eine Beleidigung zu warten, die kommen mußte in dieser Stube und von diesem Manne . . .

Der Pole schaukelte sich auf einem quiekenden Stuhle hin und her, nur ab und zu tauchte sein bleiches Gesicht aus dem Halbdunkel auf, er nieselte irgend eine unechtgefühlvolle Redensart, und Friedel horchte mit einer seltsamen Gespanntheit, so daß er zusammenschrak, als es kräftig draußen an die Türe pochte.

„Herein!“ raunte der Pole. Eine schlanke Frau trat ein, wandte den feinen Kopf in alle Ecken und winkte beruhigt, als sie Friedel sah:

„Tabak! Frau Lore?! . . . Wie ein Engel des Himmels kommen Sie! Tabak!“ jubelte Kasimir halb weinerlich, sprang auf und schob sich geschmeidig zu dem großen Deckelkorb der Frau, während er seinen Arm um ihre Hüfte legen wollte.

Lore schnellte den Arm fort, etwa wie man ein häßliches Tier wegschleudert, dabei aber schaute sie dem lächelnden Polen fest in die unstrahlen grauen Augen:

„Ich komme nicht zu Ihnen und bringe nichts für Sie. Ich suchte den dort,“ und sie wies nach dem Studenten. Friedel hatte Lore, seit er ihr den ersten und einzigen Liebesbrief gegeben, nicht wiedergesehen; das Blut stieg ihm jetzt zu Kopfe, denn es war ihm, als sei der Brief eine Beschimpfung gewesen. Draußen im Walde kam ihm auch das so in den Sinn.

„Ob sie wohl kommt, um mir daselbe zu sagen, weil — ich jetzt arm bin?“ dachte er und schaute trostlos vor sich hin.

Sie ging auch wahrhaftig auf ihn zu, blieb knapp vor ihm stehen und frug herbe:

„Hat jetzt der Tanz ein Ende, junger Herr?“ . . .

„Ja, Frau Lore,“ sagte er kurz.

„Und was nun? Wollen Sie, ehrlicher Bürgersteute Kind, so herumzigeunern und in solcher Kameradschaft weiterleben?“ Sie zeigte mit einem halben Zurückneigen des Kopfes über die Schulter geringschätzend nach dem Polen.

„Aber schöne Frau Lore . . .“ schmeichelte dieser.

„Ihre Eltern drehen sich im Grab um, vor lauter Jammer über Sie, ja ja, das tun sie! Was wollen Sie denn jetzt anfangen, Herr Friedel?“

„In kurzer Zeit bin ich Doktor, wenn ich fleißig nachhole.“

„Und dann?“ frug sie mit leichtem Spott.

„Kommen Kranke!“

„Wohin? . . . Daher? . . .“

Frau Lore nahm bei diesen Worten ihre weißen Unter- rüde sorgfältig zusammen, ließ den Kopf rechts und links

auf die Schulter fallen, indes sie auf die beschmutzte Decke blickte.

„Wohin?“ stammelte Friedel verschüchtert, „wohin? . . . Und warum nicht hierher?“

Lore strich verschmizt mit der Hand über einen dichtbestäubten Stuhl, rüttelte ein wenig an dem schiefen Schreibtisch, blies die langen Fäden eines Spinnwebes, das von der Decke niederhing, in die Luft und sagte dann gleichgültig:

„Weil . . .“ sie wischte ihre bestäubten Finger an der Schürzenecke rein, „na! . . . blind sind andere Leute auch nicht, was? . . . Und Sie! Wie Sie selber aussehen, so verwildert, wissen Sie?“

„Was soll ich aber beginnen?“ jeuzte Friedel, ratlos geworden durch die Beweisführungen des jungen Weibes.

Lore setzte mit ihrer Schürze den Stuhl, setzte sich nachdenklich nieder, nahm ihren Korb vor sich auf die Knie, schlang die Hände darüber ineinander, schaute ein Weile mit zusammengezogenen Brauen vor sich hin . . . atmete tief auf und sagte dann beinahe feierlich:

„Ja ja . . . ich habe es mir so zurecht gelegt in meinen Gedanken, und ich sehe schon, es geht nicht anders . . . Kommen Sie in Gottesnamen zu uns, ich habe eine helle, saubere Stube, so, wie Sie es von Haus aus gewohnt sind, dort können Sie ruhig auf den Doktor fertig lernen, und wenn Sie Doktor sind und zu kurieren anfangen, können dahin auch Kranke kommen. Vor allem aber müssen Sie sich von dem lieblichen Glend und von der spottschlechten Gesellschaft erholen.“

Der Pole machte ihr eine tiefe Verbeugung und fing das Päckchen Tabak, welches sie ihm zuwarf, mit beiden Händen auf.

„Wie soll ich Sie aber bezahlen, Frau Lore?“ lächelte Friedel mit leichtfertiger Selbstgefälligkeit; er fuhr sich mit allen Fingern in die krausen Locken und schaute dem jungen Weibe nahe in ihre feuchten treuerzigen Augen . . .

„Ich habe nichts, gar nichts mehr,“ setzte er hinzu.

„Das wußte ich früher als Sie,“ erwiderte Lore, rasch einen verächtlichen Seitenblick nach Kasimir schießend, der mit doppelstimmigem, überverständnisvollem Augenzwinkern den beiden zuhorchte, seinen sahblonden Schnurrbart drehte und an den Enden lang auszog.

„Wo zwei essen, findet sich auch für einen Dritten etwas . . . Ich borge, bis Ihnen die ersten Kranken Geld bringen, derweilen kurieren Sie halt an meinem Mann herum, vielleicht will es Gott, daß gerade Sie ihm helfen sollen. Und dann . . . Sie, Herr Friedel, da . . . da haben Sie Ihren Brief wieder, das Siegel dran ist nur zufällig in meiner Kleidertasche zerbrochen, ich weiß nicht, was drin steht, wissen Sie,“ sagte sie halbblau, „ich kann nicht lesen und schreiben auch nicht . . . tun Sie mir darum nimmer schreiben, wissen Sie.“ . . .

Der Pole sagte wieder einmal, er müsse seinem bedrängten Vaterland zu Hilfe eilen. Allen, welche Geld von ihm zu fordern hatten, flüsterle er geheimnisvoll die beruhigenden Worte „Verschwörung“ und „Nationalfonds“ zu und rüstete sich langsam zum Ausbruch. Zuweilen tauchte er noch in Friedels ruhiger Stube auf, um immer, wenn er kam und ging, einige derbe Worte Lore zu hören, die es nun einmal nicht sehen mochte, daß ihr fleißiger Schützling mit dem alten Studenten tauchte und trank.

Friedel war nun schon eine geraume Zeit bei der braunen Frau eingemietet, und er hatte in dieser Zeit mehr studiert als alle übrigen Jahre zusammen, und so wie sich die helle Stube mit den klaren Gardinen, dem reinen Bette, dem alten Schreibspind und all dem andern sauberen Geräte anders anließ, als die verlumpete Stube des Polen, so sah auch Friedel anders aus. Er hatte nichts mehr an sich von dem studentischen Zeug, nichts mehr herausfordernd Nachlässiges, seine Kleider waren so in Schnitt und Farbe wie die aller Bürgersöhne der Vorstadt, und seine ganze Art war ernster.

„Warum bleibst du nur da in diesem Nest hocken und läßt dich von dem Hausiererweib hofmeistern,“ fragte der Pole einmal spöttisch.

„Ich möchte jetzt, wo ich arm bin, nirgend sonst leben als hier, wo doch noch immer mein Vaterhaus steht, und wo die Leute wissen, daß ich zwar alles durchgebracht habe, aber auch wissen, daß ich kein Vergeläufener bin. Ich will das Haus noch einmal zurückkaufen mit verdientem Gelde, sie sollen es erleben, sie sollen es erleben! . . . Das Weib aber meint es so ehrlich mit mir, wie es meine Mutter meinte, und schier niemand sonst . . .“

„Nicht auszutreiben der Philister aus solch einer Bürgerpflanze, ist stolz auf die Schollenhockerei. Dachte immer, es steckt etwas in dem Keel . . .“ jeuzte der Pole, wenn er sich satt gegessen hatte und trug davon schlenderte.

(Fortf. folgt.)